

Die Baugewerkschaft

Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.
 Abonnementspreis pro Quartal 2,- Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.
 Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
 Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.
 Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 66.
 Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
 Postcheck-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
 Inseratengeschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 116, Fernsprecher: Amt Lühow, 2513.
 (Verbandsanzeigen wie Versammlungsanträge u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)
 Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 39. Berlin, den 29. September 1912. 13. Jahrgang.

Grundsätzliches und Tatsächliches zur Erhöhung der Haushaltskosten.

Teuerung, unerschwingliche Fleischpreise, Unterernährung, das sind die Schlagworte des Tages. Jeder einzelne dieser Begriffe hat seine Bedeutung und einen besonderen Inhalt. Schlagwort will hier heißen, daß jeder der drei Ausdrücke blühartig die Ernährungsfrage des größeren Teiles unseres Volkes kennzeichnet. Wir brauchen das Wort Schlagwort in dem Sinne, daß es etwas durchaus Wichtiges kurz zeichnet, aber unter der Bedingung, daß eine behebende Begründung dafür gegeben wird. Man muß dabei so vorgehen, daß man zuerst untersucht, welche Nahrungsmittel ein Mensch nötig hat; wenn richtig ernährt sein soll, und danach feststellen, ob die Preise für Lebensmittel unerschwinglich sind (insbesondere für Fleisch). Sind die Preise für einen größeren Teil unserer Volksgenossen zu hoch (wollen die Tagesportionen unter das Normale vermindert), dann kann mit Recht von einem Mangel (Teuerung) gesprochen werden. Um Mißverständnissen und falschen Deutungen vorzubeugen, sei gleich hervorgehoben, daß wir zwischen Teuerung und Unterernährung zu unterscheiden wissen: Was für den mit einem hohen Einkommen keine Teuerung ist, das kann für den mit einem mittleren Einkommen schon eine solche sein, und derselbe Zustand kann für den mit einem geringen Einkommen einen Mangel bedeuten.

Wir sehen daraus, daß der Begriff „Teuerung“ relativ (der Tatbestand Teuerung hängt von dem Einkommen ab) aufzufassen ist. Im gesamten aber müssen dabei unsere heutigen Bedürfnisse mit berücksichtigt werden. Unsere heutige Erwerbswirtschaft beruht auf einer anderen Grundlage als die vor 40 oder 50 Jahren. Die Industrialisierung Deutschlands hat die Bedürfnisse vielfach geändert und neue geschaffen. Die Zusammenballung in den Großstädten, das intensive Arbeiten, das umfangreiche Verkehrsnetz hat zu vielfach zu anderen Wirtschaftsmenschen gemacht. Im Vergleich mit einer verhältnismäßig weit zurückliegenden Zeit muß demnach ein schiefes Bild ergeben. Es mag sehr lehrreich sein, die Lebensmittelpreise der Jahre 1820, 1840, 1865 zu ermitteln. Sobald diese Preise mit unseren heutigen verglichen und daraus dann entsprechende Schlüsse gezogen werden, ist darauf aufmerksam zu machen, daß das Basis des Vergleichs: dieselbe Grundlage. (In dem Maße diese Bedürfnisse der Menschen aus der und der heutigen Zeit) fehlt. Mit Recht stellen wir zeit lebenden Glieder unseres Staates unter sich an: Minderbemittelte mit den Bestrentesteten und den Höchstbemittelten. Hier haben wir wenigstens eine Grundlage; die Einheit der Zeit. Die Bedürfnisse haben einheitliche Höhe, aber der Befriedigung der Bedürfnisse besteht ein großer Unterschied. Er muß um so größer sein, je geringer das Einkommen ist.

Der Einwand, daß die Bevölkerung in den verschiedenen Wohlhabensschichten auch verschiedene Bedürfnisse habe, wird nur teilweise zu Recht kommen. Es wird dabei meistens vergessen, daß ein Unterschied der Bedürfnisse ist. Das aber ist gerade der wichtige Punkt. Luxusbedürfnisse sollen prinzipiell geschieden sein. Wollte man danach einen Maßstab setzen, so würde man von der Hauptsache zu den Nebensachen kommen. Immerhin mag verzeichnet sein, daß die Einfuhr von Luxuswaren zugenommen hat.

Mustern wurden in den Monaten Januar bis Juli 1912 eingeführt 5040 Doppelzentner (450 Doppelzentner mehr als in derselben Zeit des Vorjahres); Oliven, Sardellenbutter und ähnliche Nahrungsmittel feineren Bedarfs wurden in derselben Zeit 3591 Doppelzentner im Werte von 388 000 M eingeführt (Steigerung um 488 Doppelzentner). Ebenso ist die Einfuhr von Schildkröten, Hummern und Austern gestiegen. Aus dem Gebiete des feineren Durstes sei nur hervorgehoben, daß Deutschland in den Monaten Januar bis Juli 584 506 ganze Flaschen Sekt im Preise von 3 1/2 Mill. Mark aus Frankreich bezogen hat. Diesen Angaben noch ein Wort der Erläuterung hinzuzufügen, erübrigt sich wohl.

Von der Stufe des höchsten Genusses begeben wir uns zu einer Familie (Vater, Mutter und zwei Kinder), deren Nahrungsmittelaufwand nach der dreifachen Verpflegungstration eines deutschen Marine-Soldaten berechnet wird. Zuvor aber sei noch einiges über den Fleischgenuss und den Fleischbedarf gesagt. Brot und Bettensüßer haben das Postmaß auf 118 Gramm Eiweiß, 56 Gramm Fett und 500 Gramm Kohlehydrate festgestellt. Rubener stellte dieses Kostmaß auf: für Erwachsene: 85 bis 118 Gramm Eiweiß, 37 bis 56 Gramm Fett, 267 bis 500 Gramm Kohlehydrate, im gesamten 2100 bis 3500 Kalorien (Kalorie = die Einheit der Wärmemenge, die erforderlich ist, um 1 Gramm Wasser um 1 Grad Celsius zu erwärmen). Das Rubenersche Kostmaß wird als das den tatsächlichen Verhältnissen am meisten entsprechende bezeichnet. Entgegen den Meinungen der Vegetarier behaupten namhafte Physiologen, 25 Proz. der Eiweißstoffe müßten in Gestalt von Fleisch genossen werden. Danach berechnen sie den notwendigen Jahresverbrauch an Fleisch auf 62 Kilogramm reinen Rindfleisch (1 Kilogramm Schweinefleisch soll nur 820 Gramm Rindfleisch sein, also um 18 Proz. dem Rindfleisch nachstehen) auf den Kopf der Bevölkerung. Das Kaiserliche Gesundheitsamt berechnete, daß 55 Kilogramm für jeden Einwohner ausreichend seien (Erwachsene natürlich mehr, Kinder weniger). Wie entspricht nun die Wirklichkeit diesen Forderungen?

In den Jahren 1905 bis einschließlich 1911 betrug der Fleischkonsum per Kopf und Kilogramm: 37,94; 36,98; 39,42; 40,41; 40,20; 40,08 und 41,02. Diese Durchschnittszahlen bleiben ganz beträchtlich hinter dem vom Kaiserlichen Gesundheitsamt geforderten Mindestmaß zurück. Da aber erfahrungsgemäß die wohlhabende Schicht unserer Bevölkerung verhältnismäßig mehr Fleisch genießt, so bleibt das Quantum Fleisch, das sich die Minderbemittelten leisten können, unter dem Durchschnitt zurück. Jedem Freund unseres Volkes hängt es vor dem daraus entstehenden Unterernährung.

Es kann als allgemein bekannt vorausgesetzt werden, daß die bestehende Teuerung zum Teil auf die geringen Ernteergebnisse des Vorjahres zurückzuführen ist. Aber all den Versuchen gegenüber, die in der Hauptfrage als eine vorübergehende Erscheinung hinzustellen, seien die tatsächlichen Verhältnisse entgegengesetzt. Geht man auf das Jahr 1896 zurück, so sieht man, daß die Kosten für den wöchentlichen Aufwand an Nahrungsmitteln für eine vierköpfige Familie (berechnet nach der dreifachen Normalration eines Marine-Soldaten) 18,99 M beträgt. Im Jahre 1900 war der Aufwand um 1,18 M oder 6,2 Proz. gestiegen. Bis auf den heutigen Tag beträgt die Steigerung im Durchschnitt 5,11 M oder 26,9 Proz. Aus dem vorhandenen Material geht hervor, daß sich die gesamten Haushaltskosten (andere Güter für den Haushalt mit inbegriffen) im Deutschen Reich (nach Calwer) durchschnittlich von 18,99 auf 25,88 M oder um 31,1 Proz. erhöht haben.

In den einzelnen Landesteilen waren größere Unterschiede in der Steigerung der Preise für Lebensmittel bemerkbar. In Pommern betrug die Steigerung in Prozenten seit 1896: 27,3, Ostpreußen 31,1, Westpreußen 31,2, Schlesien 32,7, Brandenburg 36, Berlin 37,0, Posen sogar 40,0. Preußen westlich der Elbe hatte folgende Erhöhungen zu verzeichnen: Sachsen 37,1, Hessen-Rassau 27,4, Rheinland 32,1, Westfalen 33,3, Hannover 38,2. Man beachte, daß diese Zahlen nur sehr mäßige Ansprache zur Grundlage haben. Von den preussischen Städten, die eine Steigerung über 36 Proz. aufzuweisen hatten, wären zu nennen: Breslau 52,1, Magdeburg (44,0), Hannover (40), Berlin (37), Altona (36); über 30 Proz.: Dortmund (35), Köln (34,1), Königsberg (31,2); Breslau (30); Düsseldorf (26,4); Frankfurt a. M. (24,8).

Bayern hatte eine Steigerung von 24,6 Proz., das Königreich Sachsen 25,5, Württemberg 30,3, Baden 33,5, Hessen 28,4, Anhalt 36,1, thür. Staaten 41,2, Oldenburg 48,6, Hamburg 41,7, Bremen 35,9. Das ist keine vorübergehende Erscheinung mehr, sondern ein Zustand, der seiner Beständigkeit und Neigung zur Steigerung wegen ernste Besorgnisse hervorruft. Ein Vergleich des Einkommens mit diesen stetigen Erhöhungen der Preise für die Haushaltskosten wird in vielen Fällen ergeben, daß das Einkommen auch nicht entfernt Schritt damit gehalten hat.

Den höchsten Stand in den Lebensmittelpreisen pro Familie und Woche nehmen zurzeit Baden (27,25), Rheinprovinz (27,01), Elsaß-Lothringen (27,11), thür. Staaten (26,59) und Brandenburg (26,26) ein. Am meisten gestiegen sind die Preise in den letzten Monaten in Mecklenburg-Schwerin (3,75), Brandenburg (3,25), Berlin (2,19) und thür. Staaten (2,67).

Die Wirkung dieser Verteuerung der Haushaltskosten ist Unterernährung und Verminderung der Kaufkraft breiter Volksschichten, und zwar so lange, bis die Preissteigerungen durch höhere Gehälter und Löhne ausgeglichen sind. Auf die verminderte Kaufkraft der Konsumenten scheinen die amtlichen Zahlen der Verbrauchsstatistik hinzuweisen. Der durchschnittliche jährliche Verbrauch an Brotgetreide, Kartoffeln und Zucker für jeden Einwohner Deutschlands in Kilogramm betrug:

	Roggen	Weizen und Speltz	Kartoffeln	Zucker
1907/08	142,4	90,7	625,3	17,1
1908/09	141,3	83,6	631,4	17,6
1909/10	152,0	93,3	624,9	17,5
1910/11	159,3	87,6	565,8	19,0

Daraus ersieht man, daß 1911 nur der Zuckerkonsum gestiegen ist. Roggen- und Weizenkonsum ist im Vergleich recht bedenklich zurückgegangen. Der Verbrauch an Kartoffeln hat sich noch mehr vermindert. Zurückgegangen ist auch der Verbrauch von Reis, Hirsen, Hafer (dagegen ist der Kakaoconsum gestiegen). Stark zurückgegangen ist der Verbrauch an Bier, Schnaps (Bier 1900: 118 Liter pro Kopf auf 39 Liter 1909/10, Branntwein ist seit dem Jahre 1900/01 von 6,21 auf 5,21 gesunken).

Die Heiratlust sinkt, und die Geburthäufigkeit geht zurück, das ist ein weiteres unerfreuliches Ergebnis der Verteuerung der Haushaltskosten. Im Jahre 1907 fanden 508 964 Eheschließungen statt, 1908: 500 690, 1909: 494 127, 1910: 496 306. Im Jahre 1907 wurden 2 048 453 Kinder geboren; 1910: 1 952 836 (gesunken auf 1000 Einwohner von 34,0 auf 30,7). Bei zunehmender Volkszahl, so bedenklich man auf 1000 Einwohner kamen 1905: 8,1, 1910: 7,7 Geburten. Die in den vorhergehenden Abschnitten genannten Steigerungen der Preise für

Lebensmittel sind offenbar die Ursachen, die manchen Jungen Leute von dem Eingehen der Ehe abhalten. Umgekehrt: Die unehelichen Geburten betragen 1903 auf 100 Geborene 8,1, 1909: 9,0 und 1910: 9,1 Proz.

So sehen wir, daß die Verteuerung der Lebenshaltung am Volkstörper zu nagen beginnt. Auch in anderen Ländern machen sich die Folgen erhöhter Lebensmittelhaltung bemerkbar. Die Frage der Lebensmittelverteuerung wird (wenn nicht bald Abhilfe geschafft wird) sich zu einem internationalen Problem auswachsen. Präsident Taft hat, wie neulich gemeldet wurde, gefordert, man möge das Problem der Verteuerung auf internationaler Grundlage erforschen. Dies scheint auch unbedingt nötig zu sein. Wir sind heute so in die Weltwirtschaft verstrickt, daß die Bedürfnisse eines Landes auch nachteilig auf ein anderes einwirken. Insbesondere gilt dies von dem Rückgang der Geburten und Heiraten. Daß die bessere oder schlechtere Ernährung den Gesundheitszustand eines Volkes und die Höhe seiner Sterblichkeit beeinflusst, ist leicht einzusehen. Im Falle der Verteuerung, die nachgewiesen ist, muß notwendigerweise der Gesundheitszustand schlechter werden. Daran aber ergeben sich große Nachteile für unsere gesamte Volkswirtschaft. Diese auf ein Minimum zu beschränken, muß das Bestreben des Staates und aller wahren Volksgenossen sein. Wir werden nicht darum herum kommen, den Angehörigen und Arbeitern Gehalts- und Lohn-erhöhungen zu bewilligen. Außerdem können keine Mittel manchen Schäden abwehren: die bessere Organisation des Konsums, die Ausschaltung manchen unnützen Zwischenhandels, Befreiung von den hemmenden Fesseln ausländischer Einfuhr, Förderung der Bestrebungen zur Verbreitung von Kenntnissen über die Nahrungsmittellehre und nicht zuletzt: Verbesserung der Preisermittlungen der Groß- und Kleinhandelspreise.

Um nur einiges herauszugreifen: Prof. Döhlenfeld berichtet uns in einer Schrift „Volksernährung und Verteuerung“, daß die Preise für Schweinefleisch seit 1908 um 13 Proz. angezogen hätten (die Prozentzahl ist inzwischen gestiegen), der Preis für Schweinefleisch sich aber unabhängig von dem der Schweine bewegt hätte. Ob das der Erfolg einer Spekulation oder eines Symplicis war, ist nicht festgestellt worden. Die Preise stiegen dann immer höher, schließlich nicht allein auf natürlichen Ursachen beruhend. Sieht man näher zu, dann wird man finden, daß die tatsächlichen Verhältnisse viel schlechter dargestellt wurden, als sie in Wirklichkeit waren. Diese Übertreibung wurde zum Schaden der Verbraucher ausgenutzt. Der Städter, der sich in diesen Dingen nicht so auskennt, glaubt willig die Angaben, die von Interessenten ausgehen. Nur eine wirklich gute und objektive Berichterstattung hätte falsche Gerüchte widerlegen und so die Preissteigerungen etwas hinaushalten können. Genauere Preisermittlung und rechtzeitige Bekanntgabe der Ergebnisse ist demnach ein erstrebenswertes Ziel.

Die Allgemeinheit ist doch nicht dazu da, einige Preissteigerer reich zu machen. Der einzelne ist gegen sie machtlos, und da wir keine mächtige Organisation der Konsumenten haben, so müssen wir vieles über uns ergehen lassen, das keine Rechtfertigung in sich birgt. Der Staat und die Gemeinden haben Machtmittel in der Hand, unverhältnismäßig hohen Preissteigerungen entgegenzuwirken.

Eine bessere Handhabung der Nahrungsmittelkontrolle ist ebenfalls zu fordern. Der Konsument kauft und bezahlt Milch, Voll- oder Magermilch, je nach seinem Wunsch oder Bedürfnis. Aber erst, wenn er durch einen üblen Geruch auf verdorbene oder schlechte Milch hingewiesen wird, mißtraut er seinem Lieferanten, und erst dann ruft er nach der Prüfung der Milch. Regelmäßige Kontrolle und Namensnennung der Missetäter würde in den meisten Fällen Abhilfe schaffen. Durch Nahrungsmittelämter (wo dieselben fehlen, durch Apotheker) müßte das Publikum so erzogen werden, daß es Milch nach ihrem Gehalt an Nährstoffen kauft. Wie die Milch, so wird auch das Brot verwässert, und der Nährwert der einzelnen Brotforten ist kaum bekannt. „Wer Brot kauft“, sagt Lütkenfeld, „wird nicht zur Hälfte von dessen Gewicht Wasser erhalten.“ Auch beim Fleischkauf wird geschickt. Fleisch besteht aus einem Gemisch von Muskelfleisch, Fettgewebe und Knochen. Voigt bemerkt, daß er und andere Beobachter in 100 Gewichtsteilen Fleisch vom Metzger 8—25 Proz. Knochen, 6—13 Proz. Fettgewebe fanden, so daß reines Fleisch nur 64—83 Proz. der Ware betrug. Andere geben noch höhere Prozentsätze für Knochen und Fettgewebe an.

Möge die Verteuerung den Anlaß geben, daß auch in diesen Dingen gründlich geändert und verbessert wird. Der Staat und die Gemeinden sollen die nötigen Nahrungsmitteluntersuchungsstellen schaffen, und diese sollen das Volk über den Nährwert aufklären, auf daß es auch lerne, nach dem Nährgehalt und Nährwert zu kaufen.

Einige Gedanken und Anregungen zu unserer Herbstarbeit.

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Im Baugewerbe rückt der Ablaufstermin der bestehenden Tarifverträge mählich näher. Nur wenige Wochen noch, und die Vertreter der beiderseitigen Organisationen treten das erstmal zusammen, um Fühlung zu nehmen, ob und unter welchen Bedingungen eine Erneuerung des bisherigen Tarifverhältnisses ermöglicht werden kann. Von den beiderseitigen Vertragskontrahenten ist in letzter Zeit eifrig an den Vorbereitungen zur kommenden Tarifverneuerung gearbeitet worden. Besonders im Arbeitgeberlager hat man mit einem Eifer an der Stärkung der eigenen Position gearbeitet, der von einer gewissen Nervosität nicht frei war und auch absonderliche

Stellen getrieben hat. Es ist noch in aller Erinnerung wie der Arbeitgeberbund in seinem manchmal fast übermäßig anmutenden Rüstungsieber die Materialherbeifindung seinen Bestrebungen gefügig zu machen versuchte, allerdings mit nur geringem Erfolge. Immerhin aber ließe die Tatsache bestehen, daß der Arbeitgeberbund seine Machtposition gegen das Jahr 1910 wesentlich verfestigt hat. Die Bildung des Wehrschäfers von 1 Million Mark dürfte, wenn auch erst nach Überwindung nicht geringen Schwierigkeiten, doch nunmehr annähernd gelungen sein. Es ist nun unsere Art nicht, den Teufel an die Wand zu malen, und wir überschätzen auch keineswegs die Bedeutung des Wehrschäfers als Kampfmittel der Unternehmung. Seine Bedeutung liegt darin, daß der Arbeitgeberbund bei einem kommenden Kampf finanziell unabhängig steht, während er im Jahre 1910 auf die Unterstützung der Großindustrie angewiesen war, die aber nachher zum geringsten Teile verwirklicht wurden, und darin liegt allerdings ein Moment von nicht gering zu schätzender Bedeutung. Was die innere Entwicklung des Arbeitgeberbundes anbelangt, so dürfte da im allgemeinen eine Schwächung nicht eingetreten sein. Den Verlusten des Bundes in manchen Landesteilen steht eine Mitgliederzunahme und Konsolidierung seines Bestandes in anderen gegenüber. So hat sich seine Position in Norddeutschland — Sachsen — wesentlich verbessert. Warnen müssen wir vor allem, aus dem schlechten Stand der Arbeitgeberorganisation in einzelnen Orten Schlüsse auf die Allgemeinheit zu ziehen. Das könnte sich bitter erweisen. Auch in anderer Hinsicht ist der Bund nicht müßig gewesen. So bedingte er bei seinen Mitgliedern die in alle Bauverträge die Streiklausel aufzunehmen. Die Bauauftragende, Private sowohl als an Behörden, trat man mit dem Ertrugen heran, beabsichtigte Bauten möglichst schon in diesem Jahre auszuführen zu lassen. Es soll so auf künstliche Art im nächsten Frühjahr ein schlechtes Bautionjunktur hervorgerufen werden. Die Gründung des Reichsverbandes der Arbeitgeberverbände im Baugewerbe mit seinem ganz offensichtlichen Zweck ist noch nebenbei erwähnt. Alles in allem: Der Arbeitgeberbund hat gegen das Jahr 1910 seine Position wesentlich gestärkt.

Nun zu der Frage: Wie stehen wir zurzeit, und was können wir noch tun?

Die Frage kann kurz beantwortet werden. Wenn man die von der Organisation geleistete Arbeit und das vorliegende Resultat gegeneinander abwägt, so haben wir Anlaß, mit einiger Befriedigung auf die Zeit seit der großen Aussperrung zurückzublicken. Unsere Mitgliederzahl hat eine merkwürdige Zunahme erfahren, wir haben zurzeit die 46.000 überschritten. Wir sind damit wieder an die zweite Stelle im Gesamtverband der gewerkschaftlichen Gewerkschaften gerückt, nachdem wir von unseren Brüdern

Bilder aus der Geschichte der Bauarbeiter.

Sie die Bauarbeiter ansbezahlt wurden.

Die Art der Lohnzahlung an die städtischen Arbeiter machte dem Stadtbaumeister früher mehr Kopfzerbrechen wie heutzutage, weil die Reichshäute damals der kleinen großen Verwaltungsmaschine und nicht über ein paar bezahlter Verwaltungsbeamten verfügten wie heute modernen Behörden. Die Berechnung war eine recht primitive. Die Sache wurde folgendermaßen abgemacht:

Der Bauaufseher überreichte auf dem Stadtbauhof am Freitag oder am Tag vor der Lohnzahlung einen Zettel, auf dem geschrieben steht, wieviel Arbeiter in dieser Woche gearbeitet hätten, an welcher Arbeit sie beschäftigt waren, also lautend: Jetzt ist da der Tag, auf dem man lohnen soll, also: Sonnabend vor St. Georgen Tag verlohnt ich 4, 5 oder 6 Tag über dergleichen heutigen Tag in jeder Woche, und wie viel Tag die Leute gearbeitet haben, steht dabei kurz geschrieben.

Darauf heißt er an mit den Zimmergesellen und jezt 10, 11 oder 12, wie groß eben denn Zahl ist, je jedem pro Tag 20 oder 15 Pfennig je nach der Jahreszeit nun haben Holz gesammelt auf dem Bauhof oder des Zimmer (Zimmerholz) je Werk gegeben aber abgeben oder da und dort gearbeitet, geschäft oder gemacht, wo sie denn gewesen sind zu dergleichen Zeit und dabei steht, mit dem Zimmermeister 5 Pfund alt Pfennig, hat mit dem Holz, das er dazu gebracht hat was hatten aber ganzen Holz, je nachdem viel oder wenig Holzlage in dieser Woche gesehen sind, und wenn denn Holzgeld geschäft sind aber nicht, und jezt denn denn ein die Rechnung, was das macht in der Summe, so viel Pfund alt und Pfennig.

Es kamen darnach die Steinmeyer und Maurer geschickten genau in dergleichen Weise, wie bei den Zimmergesellen, was man gibt ihnen den Lohn und die Zimmergesellen je jezt Zeit und jezt den Maurern.

Ab dann jezt berichtet die Tagelöhner, denn jezt beträgt 20 oder 30 oder mehr oder weniger, wie viele man den gerade hat, aber eben pro Tag 9, 10

oder 11 Pfennig je nach der Jahreszeit; die haben bei den Maurern am Mauer (abhängiger Rand), im Mörkel gearbeitet, Steinlatten gefahren oder das Zimmer (Zimmerholz) den Gesellen haben helfen, oder Stein und Regel angezogen da und dort, oder Brücken helfen legen usw. So und an welcher Arbeit sie dann gewesen sind, das wird da gemeldet und aufgeschrieben und dann rechnet man die Summe des Lohnes mit dem Badgeld in Pfunden und Pfennigen zusammen.

Speziell ist dann auf dem Zettel — wie das Bauaufseher detailliert aneinanderreicht — die wöchentlichen Lohnsumme für die Hohlziegel (Pfahlschläger), für die Dachdecker, Pfasterer, Läufer, Brunnenermeister, Herbeschlepper usw. zu verzeichnen, am Schlusse dann der Lohn des Bauaufsehers selbst:

Es steht darnach geschrieben: Dem Bauaufseher selber für seinen Lohn, der alle Wochen gleich bleibt, nämlich ob Sommer oder Winter, Feiertag oder Werktag, 4 Pfund alt (= 120 Pfennig), und dem Schichtmeister alle Wochen 25 oder 30 Pfennig je nach der Jahreszeit; das ergibt als Summe so und so viel Pfund oder Pfennige. Nach dem alles steht dann zuletzt ganz am Schlusse an diesem Lohnzettel geschrieben und zusammengerechnet die Endsumme für den ganzen Wochenlohn in Pfunden und Pfennigen.

Diese Gesamtwochenrechnung hatte dann der Bauaufseher am Tage vor der Abführung dem Stadtbaumeister zu überreichen, der dann auf der städtischen Baukasse das Geld zum Auszahlen sich holte. Bei den damaligen Münzverhältnissen war dies kein so einfaches Geschäft wie heutzutage. Es herrschte in früherer Zeit eine gewisse Verwirrung und Verärgung des Münzwesens, denn weder der Kaiser, noch sonst jemand abhelfen konnte. Da jeder Reichstand aus eigener Münze eine Münzquelle sich schaffen wollte und in minderwertigen Münzen den anderen überbot, entstanden Verwirrungen, bei denen die Halbmünzerei geradezu ein heiliges Bruderkriegsfeld fand. Es war daher für die Arbeiter eine unangenehme Sache, daß sie ihren Lohn nicht in gutem Gelde ansbezahlt erhielten, und der Stadtbaumeister jezt streng darauf, daß seine Arbeiter nicht schlechtes Geld bekommen und so empfindlich geschädigt werden. Wie viel die Frage des wöchentlichen Lohnes dem Stadtbaumeister zu zahlen ist, ersehen wir aus den Aufzeichnungen

Denn der Bauaufseher dem Stadtbaumeister die Wochenrechnung überreicht und der Bauaufseher die

Höhe der Summe erfieht, und dann auch der Stadtbaumeister dem Baumeister auch Mitteilung gemacht hat von der Zahlung (obrigkeitliche Abmessung) von und so viel Steinen oder Quadern usw. und wenn dann die Höhe der Bezahlung feststeht, so soll der Baumeister gehen in die Wohnung (Steuer- und Stadtkasse) und da Geld von den Besorgern (Steuerherren) fordern und einnehmen, damit er die Dinge bezahlen und ausdrücken kann. Dieses Geld soll dann der Bauaufseher dem Stadtbaumeister alsbald abzählen lassen und je 4 Pfund alt (= 120 Pfennig) in ein Büchlein zählen, und das in die Büchlein tun, die dazu gehören, wodurch er gewahrt wird, ob er das Geld alles findet, das ihm dann diesmal die Steuerherren gegeben haben. Und was er höher Pfennige darin findet, die soll man austauschen und austauschen und sie den Steuerherren wieder geben; die Büchlein dieselben gern um und sie wollen durchaus nicht, daß man den Arbeitern und Tagelöhnern das Geld geben soll, das haben sie mir extra befohlen. Und was die Herren aus der Wohnung so dem Stadtbaumeister an Geld geben (das ist allemal Kleinmünze, Pfennig oder Heller und kein Gold), das schreiben sie in der Steuerkassette in ihr Register. Desgleichen hat der Stadtbaumeister einen Gegenzettel oder Registerlein auch von Bergament und darin schreiben die Steuerherren auf die Einnahmen des Baumeisters, ebenso wie dann und die Ausgabe verrechnet wird. Wenn dann der Stadtbaumeister das Geld also abgezählt und das in die Büchlein mit je 4 Pfund alt gefaßt hat, soll er die Wochenzettel vornehmen und darnach rechnen und besonders andere Büchlein, die ich besonders dazu haben mögen und mit einem Zeichen versehen lassen, abzählen den Meistern, Gesellen, Tagelöhnern und anderen Arbeitern, einem jeden, so viel ihm gebührt. Erstlich haben die Zimmergesellen und Steinmeyer die gleichen Büchlein, weil sie auch gleichen Lohn haben und auf ihren Büchlein steht ein Teil und eine Steinart (ein Geißel und ein Steinert). Und die Tagelöhner haben ihrerseits wieder alle die nämlichen Büchlein, worin man durchweg den gleichen Lohn zählt und auf diesen Büchlein steht ein D. Desgleichen haben die Meister auf ihren Büchlein jeder sein besonderes Zeichen, der Zimmermeister 2 Weile und eine Maßstab, desgleichen der Maurermeister 2 Stein und einen Maßstab und ebenso die anderen, Dedermeister, Läufermeister, Pfasterermeister und ihre Gesellen jezt sein besonderes Büchschenszeichen.

So werden dann die einzelnen Wochenlöhne in die Lohnbücher eingetragen.

händen der Metallarbeiter und der Textilarbeiter zeitweilig von dieser Stelle gedrängt und dadurch an die erste Stelle gerückt waren. Das Ergebnis ist nicht erfreulich. Ob es aber das darstellt, was bei allfälliger Anstrengung hätte herausgeholt werden können, der richtiger, hätte herausgeholt werden müssen? Eine Missionsfrage, nicht nur für unsere Vorstände und Vertrauensleute, sondern für alle Mitglieder!

Unsere Klassenverhältnisse haben eine stabil steigende Entwicklung genommen. Wie aus dem Halbjahresfassonbericht in der letzten Nummer der „Baugewerkschaft“ ersichtlich ist, betrug das Vermögen der Zentralkasse am Schlusse des ersten Halbjahres 1912 726.000 M. Das Vermögen der Lokalkassen betrug am 31. Dezember 1911 60.000 M. Wir haben also zurzeit ein Gesamtvermögen von rund 900.000 M. Das ist wesentlich mehr, als uns 1910 beim Ausbruch der Aussperrung zur Verfügung stand. Dazu kommen noch die Ergebnisse des zweiten Halbjahres 1912, die sich erfahrungsgemäß ungleich höher stellen als die des ersten. Also auch hier im allgemeinen eine erfreuliche Entwicklung.

Wir glauben, daß sich nach den vorstehenden summarischen Feststellungen über das beiderseitige Kräfteverhältnis langatmige Erörterungen über das, was die Unternehmer tun oder lassen werden, erübrigen. Wir haben unseren Kollegen fortwährend berichtet über das, was in jenem Lager vor sich ging, sie wissen also, woran sie sind und wohin die Reise geht. Jetzt kann nur mehr eine Metrum-Gestaltung haben, und die lautet: Es müssen in diesen Wochen noch einmal alle Kräfte angestrengt werden, und es muß herausgeholt werden, was noch herauszuholen ist. Der Agitationskaiser darf bei unseren Kollegen nicht einschlafen, sondern er muß jetzt in diesen entscheidenden Wochen noch einmal neu entfacht werden. Leider ist dies vielfach so, daß, wenn der Sommer sich zum Ende neigt, damit auch die Agitationskraft und -lust der Kollegen verfliehet. Sie sind der Meinung, es sei der Agitationspflicht fürs ganze Jahr Genüge getan, wenn man ihr im Frühjahr mal eine Weile abgesehen. Ein gelegentliches Einsehen mit der Agitation im Frühjahr, ein Aufflackern zu bestimmten Zeiten ist aber noch keine Agitation. Agitation ist planmäßige, ständige, abbauende und selbstlose Verhärterung für die Organisation.

Die Hausagitation darf vor allem nicht in Verlegenheit geraten. Sie ist immer noch die ergiebigste Art der Agitation. Wird sie von den Vorständen planmäßig eingeleitet und betrieben, so ist auch für diesen Herbst noch eine ansehnliche Mitgliederzunahme zu erwarten. Mit großen Versammlungen werden heute kaum noch Mitglieder gewonnen, denn die Unorganisierten kommen nicht in diese. Will man an sie herankommen, so muß man ihnen den zwar mühseligeren aber dafür auch

Ständ Arbeiterversammlungen bekannt geworden, so wurden die entsprechenden Summen wieder aus den Lohnzettel herausgenommen, wie wir in dem Kapitel über Lohnzettel sehen werden; dieses Geld wurde dann in andere finanzielle Büchsen gelegt und ein noch umständlicheres Verfahren in die Wege geleitet.

Waren dann schließlich in dieser langwierigen Weise die Tagelöhner in die Büchsen eingezählt, so wurden in ein besonderes dazu bestimmtes Behälterlein oder Behälterlein mit dem schwarzen Bälge hineingegeben und alles mit einem von dem Stadtbaumeister verwahrten Schlüssel wohl verriegelt. Das Selbstzählen in die Büchsen geschah allerdings in dieser Weise am Freitagmorgen oder eben am Tage vor der Lohnauszahlung jeder Woche.

Am Sonnabend früh (oder, wenn Feiertage einfielen, am Feiertagabend) mußte der Bauarbeiter früh am Morgen (Sonnenanfang) oder im Sommer um eine Stunde vorher beim Baumeister erscheinen und mit diesem allenthalben zu den städtischen Arbeiten gehen, wobei der Baumeister (Diener) den Schlüssel der Büchsen unter einem Mantel mitbringen sollte. An der Stelle, wo dann jeweils die Arbeiter waren, hatte der Stadtbaumeister den Boden aufzupflügen, den Arbeitern den Lohn auszuhändigen. Dieses Zeremoniell und Auszahlen des Lohns durch den Baumeister in diesen mindestens zwei Stunden lang in Anspruch nahm, geschah, wie das Baumeisterbuch besagt, nach dem Verkommen; daran zu rühren, dürfte sich kein Stadtbaumeister erlauben.

Da der Stadtbaumeister zum Zwecke des Geldernehmens am Freitag und der Lohnauszahlung am Sonntag den Bauarbeiter als seine rechte Hand unbedingt benötigte, so spielte der letztere, um in der Nähe seines Arbeitsplatzes zu sein, an diesen beiden Tagen bei dem Bauarbeiter am Freitag und Samstag das Mittagsessen mit dem Stadtbaumeister, auf daß er am Freitag nach Mittag dem Baumeister helfe das Geld einzulösen (in die Büchsen) und desgleichen am Samstag mit ihm gehe zu dem Lohnen, alles nach altem Brauch.

Es herrschten damals, wie wir hier sehen, recht verhängnisvolle Verhältnisse, die sich auch in anderen Abteilungen des Bauamts zeigten, so z. B. in dem Bauamt für die Eisen, wovon wir noch in einem der nächsten Abschnitte Mitteilungen bringen werden.

erfolgsverheißenderen Weg der persönlichen Bearbeitung in den Wohnungen wählen. Das mügen sich besonders die Zahlstellen-Vorstände in den kleineren ländlichen Orten merken. In diesen ist oft eine recht ansehnliche Anzahl Bauarbeiter vorhanden, die auswärts ihrem Berufe nachgehen, dabei aber in alle Richtungen der Windrose zerstreut sind und daher von der allgemeinen Agitation meist nicht erreicht werden. Da muß die Agitation im Heimatsort einsehen, wenn nämlich die betreffenden Wanderer in gewöhnlich regelmäßigen Umständen Sonntags bei ihren Familien eintreffen. Da muß man aber in diesen Orten sehr wenig erfreuliche Beobachtungen machen. Es besteht da oft bei den führenden Kollegen eine geradezu unüberwindliche Scheu, persönlich an die Unorganisierten heranzutreten und sie zum Eintritt in die Organisation zu bewegen. Man kann es mancherorts sogar erleben, daß einige Unorganisierte es ungestraft wagen dürfen, die organisierten Kollegen zu verhöhnen. Diese unangebrachte Zurückhaltung muß von unseren Kollegen überwunden werden. Eine gute Dosis gesunden Egoismus wäre da manchmal sehr am Platze. Sie müßten sich fragen: Bringen wir denn deshalb Opfer in der Organisation, damit die Unorganisierten nachher mühselos die Früchte einheimen können? Doch sicher nicht. Also sollen diese auch mitlaufen, wenn sie mitlaufen wollen. Daß in der Gewinnung der Unorganisierten ungeschickliche oder gar unmoralische Mittel nicht angewandt werden dürfen, brauchen wir noch eigens wohl nicht mehr zu betonen.

Daneben dürfen auch die anderen Mittel und Wege, die die Stärkung der Organisation bezwecken sollen, nicht vernachlässigt werden. Besonders Augenmerk ist noch wie vor auf die Hausagitation zu legen. Würde da allseits von den organisierten Kollegen die Pflicht getan, so wäre die ungeheure Fluktuation, die sich nachgerade zu einem wahren Krebsgeschwür in der Organisation auszuwachsen droht, eine Unmöglichkeit. Zu diesem Zwecke muß eine strenge und regelmäßige Wächterkontrollen gehandhabt werden. Auch kann sie der gerechten und pünktlichen Einbringung der Mitgliederbeiträge unerschütterbare Dienste tun.

Ueber die Wichtigkeit der Stärkung unserer Klassen brauchen wir weitere Worte nicht zu verlieren. Unsere Kollegen mögen sich nur das Jahr 1910 ins Gedächtnis zurückrufen, und sie werden wissen, was zu tun ist. Wir haben angesichts des Tarifablaufs im kommenden Jahre besonders, über das Statut hinausgehende Leistungen nicht festgesetzt. Umso gewissenhafter und opferwilliger müssen dann aber die statutarischen Verpflichtungen erfüllt werden. Mögen diejenigen, die nach dieser Richtung hin kein ganz reines Gewissen haben, eine kleine Gewissensprüfung anstellen und in diesen Wochen noch zu bessern trachten, was es seither geschehen hat.

Im übrigen haben wir keinen Anlaß, verzagt in die Zukunft zu blicken. Auch die außerordentlichen Leistungen der Unternehmer brauchen uns noch nicht zu schrecken. Wir brauchen uns demgegenüber nur gegenwärtig zu halten, daß ja auch wir heute schon wesentlich stärker sind als im Jahre 1910, und daß wir, wenn wir allseitig unsere Pflicht tun, unsere Position bis zum nächsten Frühjahr noch mehr verstärken können. Dazu anzuregen, soll der Zweck dieser Zeilen sein. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Kollegen alle ihre Pflichten erfüllt haben, wenn sie sich auf die angeführten Anregungen beschränken. Daneben bleibt noch vieles andere zu tun. Besonders gilt's auch bei unseren Kollegen ein gründliches Wissen über die Verhältnisse im Baugewerbe und den Stand der Tarifentwicklung zu wecken und zu vertiefen. Mögen zu diesem Zwecke die langen Herbst- und Winterabende recht ausgenutzt werden.

Allgemeines.

Die Steuerung. Wie die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ mitteilt, ist der Viehaustrich, der in den Monaten Juni und Juli erheblich gestiegen war, im August beträchtlich gesunken. Ihre Untersuchungen stützen sich fortlaufend auf 40 deutsche Schlachtmärkte.

Der gesamte Austrieb von Schlachtvieh an den genannten Plätzen betrug sich im August 1912 auf 71,50 Millionen Kilogramm. Das bedeutet gegen den vorjährigen Parallelmonat eine Abnahme um 1,35 Millionen Kilogramm. Im Juli 1912 stellte sich das Angebot auf 74,48 Millionen Kilogramm gegen 70,95 Millionen Kilogramm im entsprechenden Monat des Vorjahres. In den ersten acht Monaten 1912 wurden den genannten vierzig Märkten insgesamt 598,56 Millionen Kilogramm Schlachtvieh zugeführt. In der vorjährigen Vergleichsperiode betrug das Angebot auf 559,60 Millionen Kilogramm. Im Augustmonat der Jahre 1909 bis 1912 entwickelte sich der Austrieb in Millionen Kilogramm wie folgt:

	August 1909	1910	1911	1912
Rinder	29,80	30,46	26,07	25,09
Kälber	4,97	4,47	5,01	4,23
Schafe	2,66	2,66	2,10	2,61
Schweine	31,28	36,36	40,17	39,58
Insgesamt	68,89	73,95	73,35	71,50

Besonders bemerkenswert ist der seit dem Jahre 1910 beobachtete scharfe Rückgang des Angebots von Rindern. Daß der Austrieb von Schweinen im Vergleich zu den Jahren 1909 und 1910 zugenommen hat, bietet hierfür kein Äquivalent, da bekanntlich das Schweinefleisch für die Ernährung weit weniger wertvoll ist als Rindfleisch.

Natürlich nützt die herrschende Fleischsteuerung weite Schichten des deutschen Volkes zur Einschränkung des Fleischkonsums. Im August 1912 ist der Verbrauch von Fleisch sogar viel stärker zurückgegangen als das Angebot am Schlachtviehmarkt. An den erwähnten vierzig Märkten wurden nämlich den Schlachthäusern zugeführt in Millionen Kilogramm:

	August 1911	1912	Zu- bzw. Abnahme
Rinder	16,72	15,54	- 1,18
Kälber	5,50	3,77	- 0,73
Schafe	2,84	2,09	+ 0,25
Schweine	30,86	28,58	- 2,28

Der Gesamtverbrauch ist also an diesen Plätzen von 53,92 auf 49,98 Millionen Kilogramm zurückgegangen.

Daraus wird ersichtlich, wie groß die Skamität ist und daß sie bedenkliche Folgen nach sich ziehen muß. Um so mehr ist es zu bedauern, daß die Regierung noch immer nicht aus ihrer Reserve heraustritt, um wirksame Gegenmaßnahmen selbst zu veranlassen und die von den Gemeinden veranstalteten zu unterstützen. Eine Anzahl Stadtgemeinden ist zur Einführung ausländischen Fleisches übergegangen, so die Stadt Cöln. Sie hat das Vieh in Dänemark angekauft und läßt es jetzt durch eine Anzahl Metzger mit einem mäßigen Preisaufschlag verkaufen. Es tritt aber auch bereits in die Erscheinung, daß die Metzger keine Freude an diesen Maßnahmen der Städte haben. Warum wohl?

Von der Regierung aber muß verlangt werden, daß sie endlich den guten Willen zeigt, um die schlimmen Folgen der Steuerung zu mildern zu helfen.

Die Zahl der Zwangsversteigerungen im Baugewerbe Berlins betrug im Monat August 33 bebaute und 2 unbebaute Grundstücke. Eine gleich starke monatliche Zahl zwangsversteigert Grundstücke ist seit Januar 1910, also seit 2 1/2 Jahren, noch nicht wieder zu verzeichnen gewesen. Die Reichsgerichte erreichten zusammen 9,0 Millionen Mark. Insgesamt sind nunmehr in diesem Jahre 173 bebaute und 9 unbebaute Grundstücke zwangsversteigert worden gegen nur 128 bzw. 11 Grundstücke in 1911 und 154 bzw. 6 in 1910. Aus diesen Zahlen geht hervor, wie ungesund die Verhältnisse zurzeit auf dem Berliner Bauplatz liegen.

Industrie und Tarifverträge. Der 13. deutsche Handwerks- und Gewerbetag in Würzburg hat sich grundsätzlich für den Tarifvertragsgedanken ausgesprochen. Aus einem Bericht der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ über diese Angelegenheit war in Unternehmerrreisen der Schlag gezogen worden, daß die „Arbeiter-Zeitung“ ihre bisher ablehnende Stellung zu den Tarifverträgen geändert habe. Das sei, wie das genannte Unternehmerrorgan in Nr. 35, 1912 mit allem Nachdruck versichert, ein völliger Irrtum. Was für das Handwerk gut sei, könne noch lange nicht für die Industrie. Wenn man auch zugeben könne, daß für gewisse Handwerkszweige unter gewissen Umständen der Tarifvertrag notwendig sei, so habe die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“

immer wieder von neuem betont, daß die Dinge auf industriellen Gebieten wesentlich anders gelagert sind, und daß die Industrie aus Rücksichten der Selbst-erhaltung gerade die entgegengegesetzte Taktik befolgen muß; sie muß für die Sicherung des Arbeitsfriedens ausschließlich durch das Festhalten am individuellen Arbeitsvertrag und durch nachhaltige Kräftigung der Unternehmerautorität zu sorgen suchen.

Das ist der reaktionäre Standpunkt unbefehlbarer Schlichter, nach dem die Unternehmer einseitig zu diktieren, die Arbeiter sich willenlos zu fügen haben. Dabei ist dieser Standpunkt selbst von mehreren Unternehmerrverbänden überwunden, die in der „Arbeiter-Zeitung“ ihr offizielles Publikationsorgan haben und am Kopfe dieses Blattes in Felddruck aufgeführt sind. Und was diese Unternehmer dazu veranlaßt hat, sich mit den Tarifverträgen abzufinden, das wird auch die sich noch führenden Unternehmerrgruppen dazu bewegen; nämlich die wachsende Macht der Arbeiterorganisationen. Die Entwicklung steht nicht still, und wie beim Handwerk, so wird auch für die Industrie der Zeitpunkt kommen, wo die Gleichberechtigung des Arbeiters beim Abschluß des Arbeitsvertrages anerkannt werden muß. In dem Arbeiter selbst liegt es, durch Stärkung der Gewerkschaften die Erreichung dieses Ziels zu beschleunigen.

Ein gelbes Protestmandat. Die von den ebon-gelichen Arbeitervertretern beschlossene Resolution gegen die Gelben, die mit einer erfreulichen Klarheit und Bestimmtheit die Gelben als das zeichnet, was sie nicht sind

Wichtig für die Einführung obiger Verschlechterungen zu haben. Gätten die Arbeitgeber nun den guten Willen im Frieden gehabt, so hätten sie doch mindestens dem 13 des Tarifes nachkommen müssen, welcher lautet: „Für den Fall, daß die Tarifkommission einen neuen Vertrag nicht zustande bringt, soll das Gewerbegericht vor Ablauf des Vertrages zur Schaffung eines neuen Vertrages angerufen werden.“ Von den Arbeitnehmern ist das geschieden, die Arbeitgeber aber haben sich geweigert zu verhandeln. Aus diesen angeführten Tatsachen wird jeder ohne weiteres leicht ersehen, auf welcher Seite die „friedlose“ Handlungsweise und der „Hebermut“ liegt. Ein Arbeitgeber sagte uns selbst: „Die Lohn- und Arbeitsbedingungen können wir sehr gut tragen, die Schädigen uns nicht, aber die unvernünftige Preisdrückerei, das ist das Uebel, welches das Gewerbe schädigt.“ Wenn die Preise um 30 bis 40 Prozent heruntergetrieben werden, dann bleiben natürlich nicht mehr 10 Pf. Fahrgeld für den Arbeiter übrig. — Anschließend sei bemerkt, daß zurzeit 43 Firmen die Lohn- und Arbeitsbedingungen unterchristlich anerkannt haben. 37 Firmen haben noch ausgesetzt, die Gesamtzahl der Betriebe beträgt 326.

Verbandsnachrichten.

Sammlungsberichte sind sofort nach Stattfinden der Versammlung einzuliefern. Dieselben sind so kurz wie möglich zu halten, nur das Wichtigste ist anzuführen. Der Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden und es muß an einer Seite ein ca. zweifingerbreiter Rand freibleiben für notwendige Korrekturen.)
Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 29. September, der einunddreißigste Wochenbeitrag fällig ist.

Elberfeld, 19. September. Not über kein Brot, so machen die „Genossen“ des roten Zimmersverbandes in der Erweiterung der Eisenbahnlinie in Sonnborn der Zimmermeister Schneider, also ein Kollege unseres Verbandes in Arbeit trat. Zuerst versuchten die „Genossen“, unseren Kollegen zu sich herüberzuziehen, welches jedoch ablehnte. Darauf erklärten sie ihm, sie würden sich andere Maßregeln gegen ihn ergreifen. Sie behaupten mit allerhand Schlägen gegen unseren Kollegen. Als er seinen Hut abgesetzt und neben sich auf das Holz gelegt hatte, war derselbe verschwunden; er fand ihn später zerhackt zwischen dem Holze wieder. Als unser Kollege hierauf die Arbeit verlassen wollte, sagten einige „Genossen“ zu den Räubersführern, sie möchten sich was schämen, daß sie auf diese Weise einen Familienknecht brotlos machen wollten, und baten unseren Kollegen, er möchte dableiben. Aber der eine Teil der „Genossen“ setzte seine Brutalität fort, so daß unser Kollege Schwünge war, die Arbeit aufzugeben. Unserem Kollegen ist hierdurch ein Schaden von 24 M. entstanden. Sie deckt sich dieses Gebahren der „Genossen“ mit dem Schrei über die bestehende Fleischsteuer? Auf der einen Seite verlangen sie Maßnahmen der Regierung und der Kommune um billige Fleischversorgung, und auf der anderen Seite machen sie ihre eigenen Arbeitslagen brotlos, und versuchen, sie durch Hunger kurre zu machen. „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen.“

Moers und Umgebung. Ein recht reges Leben, wie den Jahren 1905—1908 bei Anlage der Rheinpreußenwerke, herrscht hier heute durch die neuen Zechen- und Industrieanlagen auf der linken Rheinseite. Durch die rucke Entwicklung kam auch der christliche Bauarbeiterverband einen ganz bedeutenden Schritt vorwärts. Lag die Konjunktur im Vorjahr noch ganz niedriger, so muß heute, hauptsächlich in Lintfort und Hochemrich, als eine gute bezeichnet werden, während in Moers-Homburg einem kurzen Aufleben die alte Gläue wieder einströmen ist. Der Vertragsabschluss, der in diesem Frühjahr für Moers und die benachbarten Bürgermeistereien tätigt wurde, brachte den dortigen Kollegen ganz erhebliche Erfolge. Eine ständige Überwachung der geltenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse von Seiten der Organisation ist eine unumgängliche Notwendigkeit. Wer herrscht auch hier noch der Uebelstand, daß man versucht, die vertraglich festgelegten Bedingungen umgehen. Sehr oft geschieht diese Umgehung bzw. Abwehmung zum Schaden und auf Kosten der Arbeiter. hauptsächlich wird versucht, unter verschiedenartiger Vorwand eine Verlängerung der Arbeitszeit herbeizuführen. Zu leicht lassen sich die Kollegen dazu verleiten, und wenn dann von den Unternehmern als Waffe gegen den Verband bei den Tarifverhandlungen benutzt. Mehrmaliges persönliches Vorstelligwerden hatte jedoch den Erfolg, daß dieser Uebelstand abgestellt wurde. Die Agitation war in letzter Zeit erfolgreicher als im Vorjahr. Mitgliederbestand beirug am zweiten Quartalsabschluß 2 637 (127), demnach ein Mehr von 510 Mitgliedern. Gewonnen wurden 165 (74), ergibt eine Steigerung um 91. Die gleichen Fortschritte sind in den Klassenverhältnissen wahrzunehmen. Dieselben betragen 3355,60 (70) M. auch hier zeigt sich ein Mehr von 2836,90 M. in Klammern eingefügten Zahlen beziehen sich auf Jahr 1911). Kann diese Entwicklung als eine halbwegs befriedigende angesehen werden, so müssen doch große Hindernisse überwunden werden, um die Forderungen des christlichen Verbandes so zu festigen, daß sie eine dauernde angesehen werden kann. Das begehrt Augenmerk muß den hodenständigen Kollegen zu werden, sie müssen mehr mit den gewerkschaftlichen Grundfragen vertraut und im Geiste der christlichen Gewerkschaften erzogen werden. Nur durch systematische Schulung und Aufklärung wird es uns gelingen, sie an unsere Organisation zu fesseln. Als sicherer Schritt werden sie unseren Gegnern in den immer mehr realisierten Landgebieten entgegenzutreten können. auch hier werden wir in die Notwendigkeit herbeigeführt, den brutalen Machtgelüsten der Genossen, der Verdrängung und Verhöhnung gegenüber andere Organi-

starken ein mächtiges Bollwerk entgegenzusetzen. (Erinnere an den Amtsgerichtsneubau in Moers.) Das Ziel läßt sich aber nur dann verwirklichen, wenn jeder in der Organisation seinen Mann stellt, das Baudelegierten- und Vertrauensmännerwesen muß besser ausgebaut werden, ein regelmäßiger Versammlungsbesuch, wie er in einigen Zahlstellen herrscht, muß Platz greifen. Nur dort, wo reges pulsierendes Leben herrscht, wird auch ein Fortwärtsschreiten des christlichen Verbandes wahrzunehmen sein. Vor allem muß Pflichtbewußtsein vorhanden sein. Wie dürfen wir auf halbem Wege stehen bleiben, denn dadurch verliert man das Vertrauen und die Mitarbeit der Kollegen. An uns wird es liegen, ob wir den im nächsten Jahre heretnbrechenden Stürmen, die auch den Niederrhein berühren, gewachsen sind. Nochmals muß eine durchgreifende Agitation auf der ganzen Linie eingeführt werden, der noch vorhandene Indifferentismus muß beseitigt und die Kollegen müssen uns zugeführt werden. Nur wenn der letzte Bauarbeiter gewonnen ist, werden weitere Erfolge im nächsten Jahre erreicht werden können.

Niederhadamar. Am 1. und 2. September fand hier eine Versammlung statt. Es waren 35 Kollegen erschienen. Die erschienenen unorganisierten Kollegen erklärten ihren Beitritt. Wir haben jetzt hier 40 Mitglieder. Jetzt ist es Pflicht aller Kollegen von Hadamar und Umgebung, dafür zu sorgen, daß sich alle Unorganisierten unserem Verbands anschließen. Die Kollegen in der Fremde werden dringend gebeten, sich im Winter, wenn sie nach Hause reisen, bei dem Kollegen Joh. Speier anzumelden und auch die Versammlungen zu besuchen. Kollege Speier wird für die „Baugewerkschaft“ und sonstiges Verbandsmaterial sorgen.

Schwarz-Rheindorf. Unsere Zahlstelle hielt am 15. September eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Dieselbe beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem inneren Ausbau der Organisation. Die bisherige Zeitung lag nur in den Händen des Vertrauensmannes. Es fehlte daher die gemeinsame Beratung und gegenseitige Unterstützung in der Agitation. Die Versammlung setzte einen Vorstand ein und wurden dazu die Kollegen Joh. Baerdorf, Borjensender, Joh. Schmitt, Kaffierer, und Jos. Verchem, Beisitzer, bestimmt. Die Versammlungen sollen von jetzt ab jeden Monat stattfinden und im Verammlungs-Kalender der „Reichszeitung“ bekanntgegeben werden. Der Vorstand spricht die dringende Bitte aus, in Zukunft die periodischen Versammlungen regelmäßig zu besuchen.

Dachdecker.

Dortmund, 17. September. In Nr. 37 der „Dachdecker-Zeitung“ befindet sich ein Artikel unter „Dortmund“, in dem den „bösen“ Christen wieder ein Verleumdung wird. Der Artikelschreiber meint aber die Firma Berner nicht zu kennen, oder wenigstens nicht die „Genossen“, die dort beschäftigt sind. Es wird nämlich behauptet, die Christlichen hätten dort die Macht in den Händen. Tatsache ist, daß während des letzten Jahres bis vor kurzem drei christlich organisierte dort beschäftigt waren, zurzeit nur noch zwei. Wir fragen daher den Artikelschreiber, welcher Organisation die Dachdecker-Freund, Apell, Scherred, Köppler, Gregart, Erler, Zimmer und die von Berlin zugereist waren, angehören. Wir stellen fest, daß diese dem roten Dachdecker-Verband angehören; den ganzen Sommer über fanden drei Christliche 8—10 Notizen gegenüber. Und doch sollen die Christlichen dort die Macht in den Händen haben. So hoch wollen wir nicht eingeschätzt sein. Des weiteren wird in dem Artikel gesagt, daß nur die rot organisierten den tarifmäßigen Stundenlohn bekommen. Wir stellen fest, daß unsere Kollegen ihren Tariflohn bekommen. Sollte das bei den übrigen nicht zutreffen, können wir nichts daran ändern, bevor nicht Beschwerde geführt wird, damit wir in der Schlichtungskommission dazu Stellung nehmen können. Von der genannten Sitzung der Schlichtungskommission hat unsere Organisation keine Kenntnis erhalten, trotzdem den Arbeitgebern wie dem Obmann der Arbeitnehmer unser Vertreter beifolgt ist. Hierüber werden wir an anderer Stelle noch ein Wort reden. Ferner wird gesagt, daß 10 bis 14 Stunden dort gearbeitet würden. Unseres Wissens ist an der Rüdigerpassage, Festenhellweg 12 bis 14 Stunden an einigen Tagen gearbeitet worden, weil mit dem Aufzug des Unternehmers Gravinghof u. Reinhard das Material hochgezogen worden ist, der Aufzug war aber nur vor und nach Feierabend frei. Es haben dort zwei rot organisierte und ein Christlicher die Ueberstunden gearbeitet, wenn's beliebt, können wir mit Ramen dienen. Das eine verurteilen wir ganz entschieden, daß die zehnstündige Arbeitszeit dort noch gang und gebe ist. Unsere Kollegen haben 9 1/2 Stunden gearbeitet, wurden jedoch von Berner angefordert, weil „seine Leute“ alle 10 Stunden arbeiten (gemeint waren damit die „Genossen“), ebenso lauge zu arbeiten. Das langjährige Mitglied des roten Verbandes Gregart hatte bei Berner selbst den Antrag auf zehnstündige Arbeitszeit gestellt. Wir sind die letzten, die unsere Kollegen in Schutz nehmen, wenn sie sich tarifliche Forderungen zuschulden kommen lassen, die „Genossen“ mögen aber erst vor ihrer eigenen Tür stehen und in Zukunft nicht die Christlichen für die Paten ihrer Mitglieder verantwortlich machen. Wir sind bereit, mit ihnen für die Durchführung des Vertrages Sorge zu tragen.

Die christlich-nationale Arbeiterkündigung in Gaggenau.

Eine imposante Demonstration des christlich-nationalen Gedankens war die am Sonntag, den 16. September, in dem aufblühenden Industriort Gaggenau stattgefundene Kundgebung der Arbeiterchaft des Durgalts, Dostal und der Hardt. Trotz der ziemlich ungünstigen

Witterung zogen die Arbeiter und Freunde der christlich-nationalen Sache in so großen Scharen heran, daß die bereitgehaltenen Versammlungsorte, Gambriushalle und Grüner Hof, nicht ausreichten und noch zwei weitere Lokale — Pecht und Post — hinzugenommen werden mußten. Das Ziel, das erreicht werden sollte, nämlich eine Massenkundgebung der christlich-nationalen Arbeiterchaft zu veranstalten, wurde so glänzend erreicht. In der Gambriushalle eröffnete Gewerkschaftssekretär Erling die Versammlung und erteilte das Wort zunächst dem Reichstagsabg. Giesbertz, der Grüße von der Zentrale der christl. Gewerkschaften aus Köln überbrachte. Zum „Kopfschütteln“, wie Kollege Erling meinte, habe er keine Ursache, denn wo Tausende Menschen sich zu einer imposanten Kundgebung zusammengefunden haben, wie in Gaggenau, da muß ein starkes Interesse für die christlich-nationalen Gewerkschaften vorhanden sein. Ueber deren Notwendigkeit und Zeitgemäßheit wollte er heute sprechen. Ausgehend von dem Züricher Gewerkschaftskongress, wies er auf den Radikalismus der Sozialdemokratie hin, der jede positive Tätigkeit ausschließe. Es sei zu bebauern, daß man auf christlich-nationaler Seite um Jahrzehnte zu spät für diese Sache aufgetreten ist; das sei aber nicht der Grund, weshalb allerdings die Bewegung so wenig in Fluß kam, es haben nicht alle diejenigen Kreise, die es angeht, mitgearbeitet. Die führenden Kreise haben ihre Pflicht getan, es lag aber an den Verantwortlichen und Umständen, daß nicht noch mehr geschehen ist. Im Auslande begegnet man Erstaunen darüber, daß Deutschland 110 Sozialdemokraten im Reichstage hat, die 4,5 Millionen Stimmen aufbrachten; wie sei das möglich, so frage man sich da, in einem Lande, das anerkanntermaßen auf sozialem Gebiete mehr tut als irgendein Kulturstaat. Gehe man den Ursachen nach, so findet man, daß seit Jahren von radikaler Seite den Arbeitern und unteren Volksklassen die religiösen Gefühle aus dem Herzen getiffen wurden, an deren Stelle man nichts setzte, daß sie verjöhnt könnten mit ihrem Gots. Zu spät habe man auch das Wesen der Sozialdemokratie und ihre Gefährlichkeit erkannt; der Radikalismus habe sich die Unzufriedenheit, die alle Berufsstände beherrsche, zunutze gemacht. Warum aber diese Verärgerung weiter Kreise? Es ist der Mangel an staatsbürgerlicher Schulung und Unterichtung, es fehlt das Verantwortlichkeitsgefühl. Ein weiterer Grund ist der Niedergang der religiösen Ideale, die systematische Dehe gegen jegliche Autorität im kirchlichen und staatlichen Leben. Es ist die Simplizismus-Stimmung, die weite Kreise beherrscht. Auf wirtschaftlichem Gebiete liegt der Grund in der völligen Umwälzung, die das Volk erfahren hat, besonders durch die Abwanderung vom Lande in die Stadt. Man hat die große Masse der Arbeiter zu wenig Anteil nehmen lassen als Faktor der Produktion. Der Radikalismus wäre nicht so groß, wenn die volkswirtschaftliche Aufklärung gleichen Schritt gehalten hätte mit der politischen. Unzufriedenheit zu erwecken, ist keine Kunst, aber Besserung zu schaffen, das ist Staatskunst. Auch im sozialdemokratischen Lager wird mit Wasser gekocht. Bisher habe man die gelehrtenswerten Arbeiten der bürgerlichen Parteien überlassen und beschränkte sich darauf, auf diese zu schimpfen, weil sie die radikalen Anträge mit ihren unmöglichen Forderungen der Sozialdemokratie nicht angenommen haben. Nun aber ist sie die stärkste Fraktion im Reichstag und auf ihrer Seite steht der Liberalismus. Für weitgehende sozialpolitische Reformen ist eine Mehrheit vorhanden, so daß man glauben sollte, die Sozialdemokratie lege auf den so beherrschten Parlamentarismus das Hauptgewicht. Weit gefehlt! Generalstreiksideen spuken in den Köpfen, der müßigen Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier ist eine Probe davon. Der Radikalismus vergißt das Volk zu leben, er vermag praktische Arbeit nicht zu leisten. Der Frankfurter Arbeiterkongress habe die Möglichkeit gezeigt, dem tatkräftig entgegenzuarbeiten und die christlich-nationalen Arbeiter zu sammeln. Hier wurde das grundlegende Programm gegeben zur Erziehung und Hochhaltung einer gesunden Standesbewegung. Der Arbeiterstand müsse eingereicht werden als vollberechtigt in die Staats- und Gesellschaftsordnung. Wir kämpfen mit unserer Geisteskraft und gesunder Agitation, während die Sozialdemokratie den Klassenhaß predigt, der unfruchtbar ist und zersetzend wirkt. Die Armeute-Theorie ist nicht mehr haltbar, die Arbeiterchaft muß sich ihres idealen und materiellen Wertes bewußt sein und darf sich den Kopf tragen. Der Arbeiter ist nicht Klaffenegott, dagegen sollte die gebildete Welt mehr Fühlung mit ihm nehmen. In einem Punkt ist der christlich-nationale Arbeiter unerbittlich: er lehnt die materialistische, antireligiöse und antinationale Haltung der Sozialdemokratie grundtätig ab. In Deutschland sind diese Gegenstände stark verwachsen; es fehlt hier an der notwendigen Aufklärung, die besser einsetzen muß. Die Verleumdungs- und Zusammenbruchstheorie der Sozialdemokratie ist lässlich gescheitert, und wer heute noch an den sozialdemokratischen Zukunftsstaat glaube, sei wirklich zu bebauern. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung ist die stärkste Stütze der Staats- und Gesellschaftsordnung, die zu festigen, Pflicht aller jener ist, die das Vaterland und den christlichen Glauben hochhalten wollen. Deshalb muß überall der Ruf erklingen: Arbeiter, hinein in die konfessionellen Vereine, hinein in die christlichen Gewerkschaften! (Stürmischer Beifall.)

Nach dem Dank durch den Versammlungsleiter und einem Lied der Gesangsabteilung des Arbeitervereins Karlsruhe sprach Herr Land- und Reichstagsabgeordneter Dr. Rehnert, der seine lebhafte Freude über die prächtige Kundgebung ausdrückte und die zwei großen Gedanken: Schulung in konfessionellen Vereinen und Zusammenwirken in den christlich-nationalen Gewerkschaften in vorstreichender Weise behandelte. Religion und Sittlichkeit, Vaterlandsliebe, wirtschaftliche Aufklärung und das Streben nach sozialer Besserung sei ein erhabenes Ziel, das jeder unterstützen solle. Besonders die Jugend solle bald dafür geschult und ihr Verständnis geweckt werden. Mit einem Hoch auf das Vordringen und Gedeihen der Gewerkschaften schloß der Redner und

Großem Beifall. — Herr Erving gab dem Wunsch Ausdruck, daß alle Akademiker ihre Sympathien in dieser Weise zeigen möchten, viele Mißverständnisse und Irrurteile würden dadurch behoben.

Hierauf sprach Sekretär Kimmeler, Vordach, der einleitend ein Bild der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands zeichnete und betonte, daß heute gewerkschaftliche Organisationen nötig sind zur Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Auf wirtschaftlichen Gebieten erstreben die christlichen Gewerkschaften einen größeren Anteil an den Erträgen der Produktion, zeitgemäße Verkürzung der Arbeitszeit und gute Behandlung, um die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu heben. Durch gut ausgebauten Unterstützungseinrichtungen bieten die christlichen Gewerkschaften ferner einen starken Rückhalt in allen Bedarfsfällen des täglichen Lebens; so wurden allein in den letzten 6 Jahren 12.000 Mark in Form verschiedener Unterstützungen an die Mitglieder ausbezahlt. Zum Schluß trat Rehner, der als evangelischer Kollege seit 12 Jahren dem christlichen Zentralarbeiterverbande angehört, der irtümlichen Auffassung entgegen, als seien die christlichen Gewerkschaften katholische oder gar Zentrums-Organisationen. Die christlichen Gewerkschaften sind von den katholischen, kirchlichen Zuständen ebenso wenig abhängig als von evangelischen, kirchlichen Stellen. Zum Zentrum stehen sie in einem anderen Verhältnis als zu den übrigen Parteien. Auch in Zukunft würden wie bisher evangelische und katholische Mitglieder vertrauensvoll zusammenarbeiten. (Lebhafte Beifall.)

Ueber die Jugendpflege sprach in vorbildlicher Weise, praktische Beispiele gebend, der Bezirkspräsident der katholischen Arbeitervereine, Herr Pfarrer Laß in Dos, dessen Ausführungen den warmherzigen Jugendfreund erkennen ließen. Das Ziel der Jugendbewegung müsse sein, überzeugte Männer heranzuziehen, die wissen, was sie wollen, die die Religion nicht als etwas Zerzerßtes, sondern als Herzensangelegenheit betrachten, sie öffentlich bekennen und nach ihr handeln. Wir müssen die Jugend zu Männern heranziehen, die Freude am Vaterland haben, wägere heutige Männer, die gesund sind an Geist und Körper, national im besten Sinne des Wortes sind und bleiben wollen. Männer müssen die Jungen werden, die in sozialer Beziehung tüchtig und befähigt sind, Führer der Sozialbewegung zu werden; die in der Arbeiterbewegung ihrem Mann stellen und bereit sind gegen sozialdemokratische Judasbüchsen. Männer, die wissen, was ihrem Stand und ihr, was sie den Angehörigen anderer Berufe schuldig sind, die nicht zu gehen, aber erst recht nicht zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften übergehen. Männer, die in der Landwirtschaft, im Handwerk beruflich tüchtiges leisten und entschlossen sind, alle Mittel zu ergreifen, um Verbesserungen herbeizuführen. In abgehender Weise, mit gutem Haum gewürzt, gab der Redner die Mittel an, wie sich das Schagte erreichen läßt, und welche Faktoren mitarbeiten müssen. Zunächst die Familie, deren schlagende Hand dem erwachsenden Jungen ein wirksames Beispiel ist, die religiöse Pflege in Kirche und Verein muß einengen, die Vereine überhaupt, die durch Geselligkeit und Sport, aber nicht Sportgeist, die Jugend halten sollen, gewonnen muß die Jugend werden durch Förderung des Gemütslebens, Übung des Standesbewußtseins. Auch die Gemeinden können viel zur Jugendpflege beitragen durch finanzielle Unterstützung und nicht zuletzt durch Heranzugung junger Leute in die Verwaltung. Ein glänzendes Beispiel der Jugendfürsorge habe Dettingheim gegeben, das der Jugend — als erste Tat des Volkshilfsplans — ein eigenes Heim gegeben. So müssen Vorkämpfer herangezogen werden, die überall ihren Platz stellen, die dafür sorgen, daß das Vaterland groß und stark bleibt, Männer, die an dessen Erhaltung und nicht an seinem Untergang arbeiten, Männer, die den christlichen, religiösen Geist befechtet sind. (Stürmischer Beifall.)

Nach einem Sieb und schwedigen Wortsatz der Vorgesandter des Ausschusses sprach Herr Erving das Schlußwort, in dem er alle Mitarbeiter dankte und anspornte, das Schicksal nun in die Tat umzusetzen. Mit einem begeisterten Brausen sprach er die Versammlung, nachdem er noch folgende Resolution zur Beratung gebracht hatte:

Die am 15. September 1912 in Gaggau versammelten 2500 Arbeiter begrüßen die heutige Tagung als einen entscheidenden Moment zu energischer Betätigung der Gewerkschaft, welche der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gerade liegt.

1. Wir sehen auch als Arbeiter trotz der Notlage und Bekämpfung und fordern deshalb alle Arbeiter auf, sich der konfessionellen Arbeitervereine anzuschließen, deren ganz besondere Aufgabe die religiöse Betätigung und Vertiefung, sowie die heilbürgerliche Erziehung ihrer Mitglieder ist.

2. Zur erfolgreichen Vertretung der wirtschaftlichen Interessen empfiehlt sich allen Arbeitern der Anschluß an die christlichen Gewerkschaften. Der sich daraus ergebende, daß eine dauernde Vertiefung der sozialen und wirtschaftlichen Lage des deutschen Arbeiterstandes nur von diesen christlichen Gewerkschaften erreicht werden kann.

3. Dringend empfiehlt sich, die heranwachsende Jugend in eigenen Vereinen zu sammeln, um sie gegen die Einwirkung der Sozialdemokratie, des Kommunismus und des Judentums zu schützen und sie der christlichen Arbeiterbewegung anzuschließen.

Wir alle müssen uns an der Erhaltung und Förderung der christlichen Gewerkschaften beteiligen.

lich-nationalem Sinne arbeiten an der materiellen und geistigen Hebung des arbeitenden Standes und damit an der Stärkung von Gott und Vaterland.

Die Resolution wurde einstimmig mit lebhaftem Beifall angenommen.

In den übrigen drei Versammlungen, die gleichfalls überfüllt waren, sprachen außer Reichstagsabg. Wiesberts und Pfarrer Laß noch die Gewerkschaftssekretäre Siegelmaier-Offenburg und Thelen-Mannheim, sowie Abg. Dr. Rehner und Trigonometer Schmidt. Große Begeisterung herrschte auch hier. In geschlossenem Zuge wurde sodann wieder der Heimwärtsmarsch angetreten.

Wäge die herrliche, imposante Tagung, die tadellos vorbereitet war und glanzvoll verlief, der christlich-nationalen Arbeiterbewegung reiche Früchte bringen!

Stellungnahme der freigeordneten Maurer Berlins zur Akkordarbeit.

Wir entnehmen dem „Vorwärts“ (Nr. 209 vom 7. September 1912):

Die Sektion der Maurer des Freigebervereins Berlins des Deutschen Bauarbeiterverbandes beschäftigte sich in einer Mitgliederversammlung mit der Frage:

Welche Stellung nehmen die Berliner Maurer im Jahre 1913 zur Akkordarbeit einzunehmen?

Der Vorsitzende Dank gab einleitend einen historischen Überblick über das Verhalten der Berliner organisierten Maurer zur Akkordarbeit und wies nach, daß jene seit jeder dieser Arbeitsmethode feindlich gegenüber gestanden und dieselbe scharf bekämpft haben. In Akkordarbeit wurde von der Organisation verboten und Jugenderhandlung mit dem Ausschluss bestraft. Der Kampf richtete sich aber nicht gegen das System selbst, sondern gegen seine Nährboden in den Schäden und Auswüchsen, welche das Akkordsystem gerade im Maurergewerbe im Besonderen hat. Dieser Umstand hat auch dazu beigetragen, daß diese Lohnform nicht — wie in vielen anderen Gewerben — die vorherrschende geworden ist, sondern daß die meisten Bauten in Zeitlohn hochgemauert werden. Die prinzipielle Frage, ob Zeit- oder Akkordlohn das bessere sei, war nicht der treibende Faktor in unserem Verhalten.

Das Nebeneinanderbestehen der beiden Lohnformen führte zu ungleichmäßigen Situationen, welche verschärft wurden durch die Tatsache, daß die Akkordmänner in hohem Maße zur Organisation standen und von den Unternehmern gegen diese ausgespielt wurden, was heute auch noch geschieht zum Schaden der Organisation und des gesamten Berufes. Gesperete Bauten wurden mit Akkordmännern besetzt, und bei der großen Lohnbewegung im Jahre 1907 artete dieses Vorgehen in eine Gefahr aus, welche die Berliner Maurer durch heftigen Kampf schwer treffen dürfte. Um nun Einfluß auf die Akkordarbeit zu gewinnen und diese Waffe in den Händen der Unternehmer scharf zu machen, beschloß der Freigeberverein im Frühjahr 1908, Kollagen, welche unter Akkord einzuführen, nicht mehr auszuspielen. Der Zweck wurde nicht erreicht, und es haben sich fast dessen, gefördert durch die immer mehr und mehr abflauende Bauaktivität, Zustände herausgebildet, welche untragbar seien und unter welchen auch die Akkordmänner schwer zu leiden haben.

Die Stundenlöhne sind teilweise geringen, die Akkordlöhne aber seit 1907 um ein Drittel und mehr gefallen, so daß die Akkordmänner die schwer erlängte neunstündige Arbeitszeit schon längst nicht mehr innehalten und auch andere Erwerbsmöglichkeiten negieren. Diese schmerzlichen Beispiele fordern auf die Lohnbauten ab, so daß jetzt im Berliner Maurergewerbe Zustände bestehen, mit welchen nur die Unternehmer zufrieden sein können.

Es muß nun versucht werden, an eine Regelung der Akkordarbeit heranzugehen, um Einfluß auf sie zu gewinnen. Die Vereinbarung der Preise soll nicht mehr vom Unternehmer zum „Schieber“ vor sich gehen, sondern die Organisation müsse erstreben, grundlegende Preise festzusetzen und ein Kontrollrecht darüber zu erhalten. Es wird dies nicht so leicht sein, da der Verband der Bauarbeiter nicht dafür zu haben ist. Die Forderung scheint ihm hier ein idealer Zustand zu sein. Es werden schwere Kämpfe um die Lösung dieses Problems entstehen. Nachdem aber einseitig der Freigeberverein vorband, daß die Versammlung dem Vorstand die Ermächtigung gibt, nach dieser Richtung hin Vorschläge bei den bauverwaltenden Tarifvertragsverhandlungen zu stellen.

Die Diskussion war außerordentlich lebhaft. Der Vorsitzende dankte dem Redner, welche sich gegen den Beschluß des Vorstandes wandten, da der Zeitpunkt zur Vertiefung derselben noch nicht gegeben ersehe. Die Ermächtigung des Reichs der Redner empfahl die Annahme des Vorschlages. Nicht um dadurch zu diskutieren, daß man das Akkordsystem für das bessere hält, sondern aus tatsächlichen Gründen, um den Schäden und Auswüchsen dieses Systems beizukommen.

Erwähnung ist eines aus den Ausführungen Obersekretärs. Er meinte, daß mit der bloßen Forderung der Akkordarbeit im Jahre 1908 die besten Absichten verhandelt waren; aber die wesentlichen Aufgaben unüberwindlich geblieben sind; daß wie vor Jahren in Akkord arbeitenden Fällen auch bei Unternehmern schon und hilflos vorzuliegen, was eine ungeheure Senkung des Wertes der Arbeitskraft im Gewerbe bedeutet. Es muß daher einen Schritt weiter-

gehen, und der Deutsche Bauarbeiterverband muß in diesem Sinne über der Arbeitsbewegung der Zeit und der Akkordbewegung, der im Geist der arbeitenden Mitglieder steht die Vertiefung der Bedingungen

für im Akkord Arbeitende aufnehmen. Die Erziehung der Organisation müsse dann das ihrige tun, die Schäden der Akkordarbeit zu mildern und zu beseitigen. Regeln für die Akkordarbeit, dann werden sie und die Akkordmänner unserem Einfluß unterstellt und erreichen, daß wieder bessere Verhältnisse im Werkplatz greifen.

Der Vorschlag des Vorstandes wurde gegen einstimmigen angenommen und somit ein für die kommenden Lohnbewegung bedeutungsvoller Beschluß gefaßt.

So weit der Bericht. Das ist eine bedeutungsvolle Schwenkung gegenüber der bisherigen Haltung des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes zur Akkordarbeit.

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands hielt in der Zeit vom 22. bis 26. September in der Stadthalle Johannisdorf zu Oberhausen IV. ordentliche Generalversammlung. Aus dem in Buchform erschienenen Geschäftsbericht (Berichtszeit 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1912) geht hervor, daß während der letzten zwei Jahre die Zahl der Ortsgruppen von 262 auf 286, die der Mitglieder von 32.681 auf 40.435 (darunter 15.024 Arbeiterinnen) gestiegen ist. Der Zuwachs beläuft sich mithin auf 24 Ortsgruppen und 7754 Mitglieder. Im 2. Quartal 1911 belief sich die Mitgliederzahl hierauf auf 44.300, der inzwischen eingetretene Abgang ist der Hauptsache auf die zum größten Teil unwiderrufliche Auflösung der Textilindustrie zurückzuführen. — Die Massenverhältnisse im folgenden Bild auf: Brutto-Einnahme 2.043.556,75 M., Gesamt Ausgabe 1.325.275 M.; mit hin Vermögensbestand 718.281,75 M., davon 649.923,23 M. in der Hauptkassa. In den Jahren 1910/11 war der Verband mit insgesamt 20.735 Mitgliedern an 309 Lohnbewegungen beteiligt; in 76 Fällen kam es zu Sämpfen, die fast ausnahmslos mit teilweisem Erfolg für die Arbeiterschaft endigten. 233 Differenzen wurden durch friedliche Vereinbarungen mit den Arbeitgebern erledigt. Neben statistischen Erhebungen des Verbandes erfolgte für 12.087 Mitglieder eine Gesamtloohnerhöhung von 897.478 M., und für 944 Mitglieder 150.176 Stunden Arbeitszeitverlängerung pro Jahr. — Der Verband tagt in der Hauptsache mit innersorganisatorischen Fragen, ferner mit der Jugendagitation und dem Arbeiterschutz in der Textilindustrie beschäftigten. Für die Behandlung des Hauptthemas: „Die deutsche Textilindustrie in der Wirtschaft und Handelspolitik“ ist ein hervorragender Kenner unserer Wirtschaftspolitik gewonnen worden.

Aus dem Maler- und Anstreichergerwerbe. Der Zentralverband christlicher Maler und Wanderverberufe Deutschlands veröffentlichte eben den Bericht über das vergangene Verbandsjahr 1911 bis 30. Juni 1912. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Entwicklung des Verbandes eine befriedigende war. Die Mitgliederzahl stieg um 505, von 3945 auf 4450. Die Einnahmen betrugen 77.224,57 M., gegen 61.321,13 M. im Verbandsjahre 1910/11. 71.943,75 wurden an Mitgliederbeiträgen aufgebracht, an Mitgliedsbeiträgen 202,50 M. Für Unterstützungen wurden seitens der Hauptkassa 13.213,04 M. gezahlt. 18.062 Mark verbleiben den Ortsgruppen für lokale Zwecke. Ausgaben für Verbandsorgan und sonstige Bildungszwecke beliefen sich in der Berichtszeit auf 9473,78 M. Das Verbandsvermögen konnte von 37.525,74 M. auf 51.527,74 M. gesteigert werden. Infolge des für das Malergewerbe bestehenden Reichstatarifvertrages war der Berichtsjahr in bezug auf Lohnbewegungen verhältnismäßig ruhig. Ein länger dauernder Streik und mehrere kleinerer Bewegungen mußten jedoch Durchführung des Vertrages geführt werden. Die Genehmigung zur Behauptung von Sperren über Firmen, die Schmutzkonkurrenz verübt hatten, wurde in 16 Fällen erteilt. In mehren dieser Sperren konnten mit Erfolg durchgesetzt werden. Vier neue Tarifverträge örtlicher Art langten in der Berichtszeit zum Abschluß. Der Verband ist zurzeit eifrig mit den Vorarbeiten für den Neuabschluß des Reichstatarifvertrages, der am 15. Februar 1913 läuft, beschäftigt. Es handelt sich für ihn nicht nur darum, zeitgemäße Reformen der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Vielmehr gilt es auch, sich immer mehr bemerkbar machenden Monopolkäften der sozialistischen Organisation abzuwehren. Im Interesse aller auf christlich-nationalem Boden stehenden Malergehilfen liegt es daher, durch Beitritt die Position des christlichen Malerverbandes zu stärken.

Das Gewerbe der Getreidearbeiterinnen nimmt trotz sehr großer Schwierigkeiten auch weiterhin eine freudige Entwicklung. Wie die „Heimarbeitern“ mitteilt, ist das achte Tausend Mitglieder überschritten. „Heimarbeitern“ sagt dazu:

Es ist vorwärts gegangen, wohin wir blicken! Im Groß-Berlin hält sich vorläufig wieder einmal dauernd im Umkreis derselben Zahl. Es hat zurzeit 2423 Mitglieder. Gerade wie vor sechs Jahren, wo es sich um die Zahl 1200 bewegte. Aber sonst ist starkes, heilungsvolles Leben hin und her im Reich entstanden. Groß-Hamburg zählt jetzt über 500, das Königreich Sachsen über 300, Sachsen-Thüringen insgesamt 102.125 Mitglieder. Im Schwabenlande sind nur 306 Arbeiterinnen in unseren Reihen organisiert, und in Schwabenland, der Oberpfalz, weist doch wieder 4 Mitglieder auf. Die übrigen verteilen sich hin und her durch deutsche Bäderland. Wir hoffen sehr, daß die Verhandlungen auch die Beteiligung des Bayerischen noch besonders angestrebt zu werden sich lohnen wird. Und wir wünschen dem Gewerbe der Heimarbeitern eine gedeihliche Weiterentwicklung, die nicht nur und mehr in der Lage ist, die Ziele zu verwirklichen.

keiten, die er sich gesetzt, nämlich den Kernisten der Ar-
men, den Heimarbeitern, ein menschenwürdiges Da-
sein zu schaffen, vor allem durch Erstrebung anständiger
Löhne, die heute noch in diesem Berufe einen solchen
Stand haben, wie sonst nirgends.

Aus ausländischen Gewerk- schaften.

Die französischen Gewerkschaften eröffneten am
Montag, den 16. September, ihren Jahreskongress unter
wenig günstigen Bedingungen. Wie die „Cöln. Volks-
ztg.“ aus dem Generalbericht mitteilt, ist im abgelaufe-
nen Jahre die Zahl der verbündeten Syndikate von
3012 auf 2837 und die der größeren Verbündungen der
Syndikate von 57 auf 53 gesunken. Im ganzen beträgt
die Zahl der beitragsleistenden Mitglieder nur 400 000,
was ungefähr den zehnten Teil der französischen
Arbeiterwelt ausmacht. Noch schlechter ist es mit den
Finanzen des Arbeitsbundes bestellt. In der Zentral-
klasse befinden sich heute bloß 800 Franken, denen ein
doppelter Betrag von Schulden gegenübersteht. Diese
finanzielle Misere rührt daher, daß es nicht gelingen
will, die Mitglieder zum regelmäßigen Zahlen der Bei-
träge zu bringen. Am Kongresse selbst wurde namentlich
der großen Verbündung der Textilindustrie vorgeworfen,
daß von ihren 40 000 Mitgliedern nur die Hälfte ihren
Beitrag leisten. Der angegriffene Verband antwortete,
daß die Vertretung der einzelnen Syndikate im Arbeitsbunde
so ungerecht, daß die großen Verbände kein Inter-
esse daran haben, im Arbeitsbunde zu bleiben. Wenn
daher der Kongress ein Votum gegen die Textilindustrie
abgibt, so werde diese zurücktreten. Generalsekretär Jou-
haux machte hierauf die bedenkliche Enthüllung über den
tatsächlichen Stand der Finanzen und sagte, es sei immer-
hin noch besser, wenn die Hälfte der Textilien ihren Beitrag
zahlten, als wenn sie alle vom Verband zurückträten.
Der Kongress konnte sich auch nicht entschließen, zwischen
den Revolutionären und den nationalen Eisenbahnern zu
entscheiden. Man half sich schließlich mit der Halbtaktik,
daß das nationale Syndikat mitabstimmen dürfe, wäh-
rend die revolutionäre Forderung nur zur Beratung
gelassen wird. Der Kongress veräußerte auch nicht die
Gelegenheit, die sozialdemokratischen Beamten zu unter-
stützen, die sich gegen die Regierung verbündet haben.
Eher Chalopin, der Sekretär des Pariser Lehrersyndi-
kates, wurde in der ersten Sitzung zum Präsidenten ge-
wählt, und als Vizepräsidenten standen ihm ein abge-
hörter Postbeamter und ein ehemaliger Eingekerkelter
der Marine zur Seite.

Aus Arbeitgeberverbänden.

Der Verband deutscher Steinbruch- und Stein-
schmelzwerke hielt vom 15. bis 18. September in Ham-
burg seine 27. Hauptversammlung ab. Aus dem vom
Verbandssekretär verlesenen Geschäftsbericht ist zu ent-
nehmen:

„Das Steinmetzgewerbe befand sich während der Ver-
gessenheit mit Ausnahme der Pfistersteinindustrie ein-
er Bezirke in wenig günstiger Lage. Während die
Zahl der Betriebe unter Mangel an Aufträgen litt,
waren in den meisten anderen Zweigen unseres Gewerbes
die Preise berartig gedrückt, daß von einer Rentabilität
überhaupt nicht die Rede sein konnte. In Groß-Berlin
waren z. B. 70 000 Wohnungen leer. In der Ein-
führung des zweiten Teiles des Gesetzes, betreffend die
Vermehrung der Bauordnungen, hat der Verband noch
eine bestimmte Stellung genommen, hat sich aber an-
schließend an die bezüglichen Verhandlungen amtlicher und
privater Natur beteiligt. In der Angelegenheit der Ein-
führung der Forderungen für gelieferte Steinmetzarbeiten
Bauordnungen ist eine Eingabe an den Reichstag
erbetet. Das Submissionswesen hat auch im letzten
Jahre wieder das Verbandsbureau beschäftigt. Hier steht
der Verband auf dem Boden der Beschlüsse des letzten
allgemeinen Handwerks- und Gewerbeamertages zu Würz-
burg. In dem schwedischen Handelsvertrage, der am
Dezember 1911 in Kraft getreten ist, sind die Wünsche
der deutschen Steinindustrie wenig oder gar nicht berück-
sichtigt worden. Als Äquivalent für den entgangenen
Umsatz sagte der Minister der öffentlichen Arbeiten die Herab-
setzung der Frachttarife zu. Es hätte sich bei den dies-
jährigen Verhandlungen in der Frachttarife wohl weit
mehr erreichen lassen, wenn nicht zwischen einzelnen Stein-
schmelzwerken erhebliche Abweichungen betrefend der Fracht-
forderungen bestanden hätten. Die nicht unter einen
zu bringenden Wünsche der Hartsteinindustrie waren
die Regierung ein willkommener Anlaß, die Forder-
ungen derselben nicht unerheblich zu beschneiden. Auch
Zolltarifen hatten wir uns eingehend zu widmen.
Die große Belastung zahlreicher Mitglieder des Verbandes
betreffend der Zoll auf rohbohrte französische Kalksteine
gelang, den über ein Jahr lang bestehenden Zoll
zur Aufhebung zu bringen und durchzusetzen, daß
in der Zwischenzeit erhobene Zölle wieder zurück-
gezahlt wurden. Ebenso konnte durchgesetzt werden, daß
Kupfand zwar erhebliche Zölle auf eingeführte deutsche
Metalle zurückgezahlt wurden. Bedauerlich
ist, daß Frauen in Steinbrüchen nicht mehr
beschäftigt werden dürfen. (1) Eine betriebs-
ärztliche Untersuchung ist das Vordringen des Kunststeins und
Verwendung des Betons. Ganze Steinbruchgebiete
sind abgeleert. Tausende von Steinbrucharbeitern haben
anderen Industrien übergehen müssen. Die Reichs-
regierung ist ersucht worden, dafür Sorge zu tragen,
daß unsere jahrhundertalte, blühende Industrie nicht
aufgrund gerichtet wird. Das Verhältnis
zu den Arbeitnehmern hat sich im Vergleich
zu früheren Jahren gebessert. Die in der
Vergangenheit vorkommenden Zustände waren im all-
gemeinen weniger umfangreich.“

Die vorstufliche Stellungnahme des Verbandes
zur Frage der Frauenarbeit in Steinbrüchen erfuhr aus
der Mitte der Versammlung selbst eine scharfe Kritik.
Herr J. Reimer führte aus: „Es ist sehr bedauer-
lich, daß noch Frauen bei solchen Arbeiten beschäftigt
werden. Nach meiner Auffassung ist es kein Ruhmes-
blatt, daß der Verband für berartige Ar-
beiten der Frauen ist.“

Ueber die Verwendung von Kunststein sprach Stein-
bruchbesitzer Th. Heibrich-Striegau. Er schilderte den
enormen Aufschwung der Kunststein-Industrie in den letzten
Jahren und sprach dann über die großen Schäden, die
der Kunststein dem Steinbruchgewerbe zufüge. Auch die
Regierung bevorzuge jetzt den Kunststein bei ihren Bauten.
Nachdem sich in der Aussprache noch verschiedene Herren
erregt über die Unterdrückung der Steinbruch- und Stein-
metzgewerbe durch den Kunststein ausgesprochen hatten,
wurde eine Kommission gewählt, die Schritte, auch bei
der Regierung, unternehmen soll, um dem Gewerbe auf-
zuhelfen.

Die weiteren Verhandlungen bezogen sich auf die
Erstreckung gemeinsamer Forderungen für alle
Steinmetzarbeiten, Vertretung der Steinindustrie in den
Eisenbahnräten und die Einrichtung von Schiedsgerichten
in der Steinindustrie.

Der internationale Kongress für das Bau-
gewerbe hat vor einigen Monaten in Rom getagt und
sind dort einige Resolutionen angenommen worden, die
immerhin verdienen, der Vergessenheit entrissen zu wer-
den, wenn ihnen auch, wenigstens vor der Hand, eine
größere praktische Bedeutung nicht zugemessen werden
braucht. Sie beweisen jedoch, daß auch auf Unternehmense-
seite das Bestreben lebendig ist, ausbrechende Lohn- und
Arbeitsbedingungen durch internationale Abmachungen in
einem für die Unternehmer günstigen Sinne zu beein-
flussen. Nach dem Bericht des „Centralblattes für das
deutsche Baugewerbe“ figurirte als erster Verhandlungs-
gegenstand: Internationale Organisation der Arbeitgeber,
und zwar mit Rücksicht auf a) Streik, Sperre, Arbeits-
losigkeit, Versicherung; b) Kollektivvertrag zwischen Ar-
beitgeber und Arbeitnehmer; c) einheitliche Me-
thode zur Schlichtung von Konflikten
zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.
Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um den Streik.
Nach lebhafter Debatte fand die folgende, vom italieni-
schen und schweizerischen Vorkämpfer vorgelegene Reso-
lution einstimmige Annahme:

„Der dritte internationale Kongress für das Bau-
gewerbe anerkennt das Prinzip der Solidarität für
die Arbeitgeber aller Länder im Falle von Streik oder
Sperre, und beauftragt den internationalen Arbeit-
geberbund, die Frage eingehend zu studieren und dem
nächsten internationalen Kongress positive Vorschläge
zu unterbreiten.“

Die übrigen Fragen des ersten Punktes der Tages-
ordnung wurden ebenfalls dem Internationalen Bund
zum Studium überwiesen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Ver-
kürzung der Arbeitszeit und Arbeits-
leistung, sind nach dem Bericht des vorhin genannten
Blattes vier Resolutionen eingebracht worden, die ein-
stimmig feststellen, „daß unter den heutigen
Verhältnissen eine weitere Verkürzung
der bestehenden Arbeitszeit im Interesse
des Baugewerbes und damit auch der Ar-
beiter und der Allgemeinheit abzulehnen
sei.“ Das Ergebnis der „sehr lebhaften und inter-
essanten“ Diskussion war folgende Resolution:

„Der dritte internationale Kongress für das Bau-
gewerbe, in Erwägung, daß im Baugewerbe die Arbeit
hauptsächlich im Freien geschieht und ihre Dauer in-
folge dessen von der Witterung und der Jahreszeit ab-
hängt, daß es aber im Interesse geordneter Beziehungen
zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer liegt, einen
normalen Arbeitstag festzusetzen, spricht die Erwartung
aus, daß für den normalen Arbeitstag, soweit die
Tageshelle es erlaubt, die Arbeitszeit nicht
unter zehn Stunden herabgesetzt werde.“

Wir wissen nicht, welche Staaten auf dem Kongress
vertreten waren, vermuten aber, daß auch solche dabei
waren, in denen noch eine elf- und zwölfstündige Arbeits-
zeit im Baugewerbe gebräuchlich ist. Unseres Erachtens
hätte der Kongress erspriechlichere Arbeit geleistet, hätte
er über Mittel und Wege beratschlagt, wie in diesen
Ländern der „normale Arbeitstag“ von zehn Stunden
am ehesten verwirklicht werden könnte. Auch sollte man
sich nicht den Kopf zerbrechen über das, was dem Inter-
esse der Arbeitnehmer kommt; das kann man diesen
tätigsterweise doch besser selbst überlassen.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Ueber einige Eigenheiten unserer Volkswirt-
schaft bringt die „Bayrische Post“ eine lehrreiche Studie.
Wir entnehmen derselben folgende interessante Feststellungen
zu dem Kapitel: Debung des Volkswohlstandes:

„Das Vermögen des deutschen Volkes wurde im Jahre
1866 auf 175 Milliarden Mark berechnet, 1907 betrug
es bereits 275 Milliarden. Nach einer anderen Berech-
nung ergaben sich sogar 320 Milliarden Mark. Wäh-
rend das Gesamteinkommen in Preußen sich von 1882
bis 1910 vermehrt hat von jährlich 5961 Millionen auf
jährlich 14 546 Millionen, hat sich das Einkommen der
Steuerberechtigten von 900 bis 3000 M. im gleichen Zeit-
raum von 2480 Millionen auf 6663 Millionen Mark
gehoben. Daraus geht also fast eine Verdreifung
hervor. Während 1895 noch 78 Prozent der Bevölkerung ein Ein-
kommen von weniger als 900 M. hatten, waren es 1910
nur noch 43 Prozent. Für die Verbesserung der Ein-
kommensverhältnisse spricht auch die Entwicklung der
Sparkasseneinlagen, die in keinem Lande so günstig ver-
läuft wie in Deutschland. Seit man die Spareinlagen 1875
gleich 100, so liegen sie 1907 auf 743 M. und betragen

rund 14 Milliarden. Mit dem erhöhten Einkommen
sind auch die Aufwendungen für Nahrung, Wohnung usw.
bedeutend gestiegen. In Deutschland betrug der Verbrauch
für Weizen 1879 30,8 Kilogramm pro Kopf der Bevölke-
rung; 1906 dagegen 94; für Kartoffeln waren die Zahlen
281 bzw. 592, für Zucker 7,7 bzw. 18,72, für Süßfrüchte
0,61 bzw. 2,97 Kilogramm. Der Fleischverbrauch beläuft
sich gegenwärtig auf 46 Kilogramm pro Kopf der Be-
völkerung. Unsere Ansprüche an die Wohnung, an das
Leben überhaupt, sind nach jeder Richtung gestiegen.“

Ueber die Entwicklung unserer Industrie
führt das genannte Organ der bayerischen Post- und Tele-
graphenbeamten folgendes aus:

Von der Entwicklung unseres Wirtschaftslebens hat
die Industrie am meisten profitiert. Kein Mensch hätte
je geglaubt, daß Deutschlands Industrie eine solche rapide
Entwicklung aufzuweisen hätte, wie es tatsächlich der Fall
ist. Die deutsche Industrie hat es verstanden, der riesig
wachsenden Zahl der Arbeiter Beschäftigung zu bieten,
und ernährt noch eine große Zahl ausländischer Arbeiter.
Unsere industrielle Technik hat Riesenschritte zu ver-
zeichnen, angefangen von der Dampfmaschine bis zu
unseren heutigen elektrisch betriebenen Feinmaschinen. Im
Jahre 1895 existierten erst 2259 Betriebe mit elektrischer
Kraft, 1907 waren es bereits 79 000. Die Dampfmaschinen
besitzen eine Verdreifung auf. Ungeheuer sind die Fort-
schritte auf dem Felde der Chemie. 1850 wurden
38 Aktiengesellschaften gegründet mit einem Kapital von
255 Millionen Mark, 1909 bestanden bereits 5227 Aktien-
gesellschaften mit einem Kapital von 15 321 Millionen
Mark. Die Roheisenerzeugung wies 1878 1800 Arbeiter
auf, 1906 41 000. Der Bergbau beschäftigte 1878
190 000 und 1906 560 000 Arbeiter. Im Jahre 1880
erzeugte Deutschland 2,9 Millionen Tonnen Roheisen,
Großbritannien 8,5 Millionen Tonnen Roheisen. Im
Jahre 1907 hatte Deutschland mit 12,9 Millionen Tonnen
die englische Konkurrenz mit 10,1 Millionen Tonnen
überflügelt. Dabei beruht Deutschlands Industrie auf
der Erzeugung von Qualitätswaren, das „Made in
Germany“ besagt genug.“

Die Konzentration unserer Industrie in be-
stimmten Gebieten bringt sehr gewaltige Verschiebungen
unserer Arbeiterbevölkerung mit sich. Besonders groß
ist die Abwanderung aus dem Osten Deutschlands nach
den Industriegebieten im Westen, nach den Städten an
der Wasserkante und vor allen Dingen nach der Provinz
Brandenburg, oder genauer nach Berlin. Die starke Ab-
wanderung aus den östlichen Provinzen hat auch im
Jahre 1910 angehalten. Den größten Wanderungs-
verlust hat Schlesien mit 102 868 invalidenverpflichteten
Arbeitern zu verzeichnen; es folgen Ostpreußen mit 79 132
Arbeitern, Posen mit 72 752 Arbeitern und Westpreußen
mit 64 512 Arbeitern. Die stärkste Anziehungskraft zeigten
Berlin und Brandenburg mit einem Wanderungsgewinn
von 182 314 bzw. 127 982 Arbeitern, ferner die Rhein-
provinz mit 71 912 und die Hanjastädte mit 71 458 Ar-
beitern. Während gegen das Vorjahr Schleswig-Holstein,
die Hanjastädte, Brandenburg und Berlin einen Wan-
derungsgewinn buchten, hat die Rheinprovinz trotz ihres
Zuwachses einen Verlust von 24 136 Arbeitern. Ebenfalls
verloren Pommern, Mecklenburg, Thüringen und Bran-
schweig gegenüber dem Vorjahre. Berlin und Branden-
burg empfangen ihre Zuwanderung hauptsächlich aus den
östlichen Provinzen. Von den östlichen Provinzen
widerum hat Ostpreußen so ziemlich an alle Bezirke
mehr Wanderer abgegeben als empfangen. Pommern hat
eine stärkere Zuwanderung von West- und Ostpreußen
und Brandenburg; seine Abwanderung erstreckt sich vor
allem nach Mecklenburg, Schleswig und Hannover. Posen
empfängt seine Arbeiter von Ost- und Westpreußen und
gibt sie wieder nach Berlin und Brandenburg, nach West-
falen und der Rheinprovinz weiter. Schlesien hat eine
keine Einwanderung von Posen, Brandenburg und
Sachsen, während sein ganzer Verlust dem Westen zu-
fließt. Sachsen-Anhalt tauscht ziemlich gleichmäßig mit
Sachsen, Brandenburg und Hannover. Daselbst ist in
Schleswig-Holstein mit den Hanjastädten der Fall. Han-
nover empfängt den stärksten Zuwachs aus Sachsen-An-
halt; seine Abwanderung erstreckt sich vor allem nach
Westfalen. Dieses hat die stärkste Zuwanderung aus
der Rheinprovinz und gibt selbst seine Arbeiter nach
Hessen-Rhassau. Dort tritt bereits eine starke Zuwande-
rung aus Süddeutschland, namentlich aus Hessen und
Bayern, hervor. In regem gegenseitigen Austausch mit
Süddeutschland steht auch die Rheinprovinz.

Die deutsche überseeische Auswanderung im
Monat August 1912 und in dem gleichen Zeitraum des
Vorjahres. Es wurden befördert deutsche Auswanderer
im Monat August

über	1912	1911
Bremen	683	881
Hamburg	654	528
deutsche Häfen zusammen	1 337	1 409
fremde Häfen (soweit ermittelt)	175	257
überhaupt	1 512	1 667

Aus deutschen Häfen wurden im Monat August 1912
neben den 1337 deutschen Auswanderern noch 23 624 An-
gehörig fremder Staaten befördert; davon gingen über
Bremen 13 270, über Hamburg 9354. (Reichsanz.)

Soziale Rechtsprechung.

Sind Lohnstarifbestimmungen abdingbar?

Frankfurt a. M. Diese Frage, so entnehmen wir
den „Frankfurter Nachrichten“, fand in einem Prozeß
eines Schuhmachergesellen gegen seinen Meister vor dem
Landgericht eingehende Würdigung. Der Tarif für
das Schuhmachergewerbe von Frankfurt und den Vororten
enthält die Bestimmung, daß für Schnellschuhherstellen
und Reparaturwerkstätten der Mindestlohn 30 M. beträgt.
Der Geselle klagte nun, daß sein Meister ihm den Tarif-
lohn für Schnellschuhherstellen nicht gezahlt habe.

seit Anfang Juni bei dem Beklagten beschäftigt, und er habe nur wöchentlich 23 M erhalten, so daß ihm für die Zeit bis Ende August die Differenz zwischen dem gezahlten und dem Tariflohn noch mit insgesamt 48 M zuzumane. Der Beklagte machte geltend, bei dem Eintritt habe er dem Kläger ausdrücklich gesagt, daß er nur 23 M die Woche erhalte. Das Gericht wies die Klage ab. Es brauche im vorliegenden Falle nicht untersucht zu werden, ob der Beklagte eine Schnellabschlußarbeit betreibt oder nicht, es genüge, daß mit dem Kläger ein Lohn von 23 M vereinbart war. Das Gericht nimmt den Standpunkt ein, daß Tarifbestimmungen jederzeit abdingbar sind. Sache der tariffschließenden Organisationen ist es, darüber zu wachen, daß die Bestimmungen eingehalten werden und im entgegengesetzten Falle ihre Konsequenzen zu ziehen.

Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Bauverfälle, Unfallnachrichten, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauverfälle sind so schnell wie möglich einzufenden.)

Münchenburg. (Bauunfall.) Am 11. September, nach 3 Uhr, stürzte am Fabrik-Neubau der Gießerei Motorenfabrik eine im Bau begriffene 5 Meter hohe und circa 8-10 Meter lange Mauer in sich zusammen, wobei 5 Arbeiter aus Dürnberg zum Teil schwer verunglückten. Die Tagesblätter berichteten, die Ursache sei der ungünstigen Witterung zuzuschreiben, was aber sehr unwahrscheinlich erscheint. Die Ursache ist nach anderer Auffassung in der Affordmatur zu suchen. Das Inter-esse an der Sache ist, daß die Mauer in der Mitte ausbrach, das Stück nämlich, welches von den genannten Mauern im Afford ausgeführt wurde. In den Seiten arbeiteten die einheimischen Arbeiter im Tagelohn. Trotzdem infolge der schlechten Konjunktur hier genügend Arbeitskräfte vorhanden sind, beschäftigt der Bauunternehmer kaum am liebsten Affordmatur. Nun hat er die Folgen zu tragen.

Berlin. In der Kolonie Karlsruher bei Hoppegarten hat sich am 17. September ein schweres Bauunglück ereignet. Das Dachgerüst eines Neubaus stürzte infolge des starken Sturmes ein und riß drei Arbeiter, die neben auf dem Gerüst beschäftigt waren, mit in die Tiefe hinab. Ein dreißigjähriger Zimmermann fand dabei den Tod, ein zweiter Arbeiter erlitt lebensgefährliche, ein dritter leichtere Verletzungen.

Gießen. In das hiesige Landratsamt wurde aus Heringhausen ein dort tätiger Handwerksmeister eingeliefert. Er war an einem Bein mit Arbeiten beschäftigt und stürzte durch einen Fehltritt aus der Höhe des zweiten Stockwerkes in die Tiefe. Der Verunglückte erlitt durch den Sturz einen doppelten Beinbruch, auch verletzte er sich an mehreren inneren Organen.

Driburg i. S. (Bauunfall.) Am königlichen Gefängnis in Driburg ist ein bedauerlicher Unglücksfall vorgekommen. Die „Driburger Zeitung“ schreibt hierzu folgendes:

„Driburg, den 18. September 1912. In einem Gebäude des königlichen Gefängnisses hier selbst werden zurzeit Reparaturarbeiten ausgeführt, die gestern morgen infolge eines Unfalls im Gefolge hatten. Man kann nach Lage der Verhältnisse dabei noch von Glück sprechen, daß bei dem Vorfall niemand zu Tode gekommen ist. Einige Bauarbeiter gingen auf einem zwei Stock hohen Gerüst ihrer Beschäftigung nach, als dieses auf noch nicht gekläarter Weise plötzlich ins Wasser geriet und niederstürzte. Während seine Kollegen mehrwöchentlich ohne jede Verletzung blieben, erlitt der Arbeiter König erhebliche Rippenbrüche und Querschnittsverletzungen. Er wird für längere Zeit arbeitsunfähig sein. Der Kaiser des Verunglückten, Maurer Joh. Schmidt, hatte noch die Geduldsgewandtheit, sich als er das Schwanken des Gerüsts bemerkte, an die Leitung der Dampfheizung zu klammern. Durch diese Tat blieb er vom Unfälle verschont.“

Der verunglückte Arbeiter ist der Vorsitzende der Bauarbeitervereine Driburg. Der Vorfall zeigt, daß von Seiten der Kollegen beim Bauarbeitergesetz mehr Beachtung geschenkt werden muß, damit Leben und Gesundheit der Bauarbeiter mehr als bisher geschützt sind.

Gießen. (Ein tödlicher Unfall.) Am 3. September, abends kurz vor 7 Uhr, stürzte der Bauarbeiter Eintracht von der Höhe des Bauwerks an katholischen Rosenkranz von einem circa 20 Meter hohen Turm und war in wenigen Minuten aus der Welt. Nach der Tagespresse sollte der Unfall durch das Zusammenbrechen herbeigeführt sein. Es fragt aber sich, ob das Gerüst sehr mangelhaft war. Die Höhe des Turms war mit einem 2 1/2-Fußer-Riegel angelehnt. Dasselbe hatte sich umgedreht, so daß er nur 1 1/2 Meter hoch stand. Nach dem Zusammenbrechen wurde ein großer Schaden an dem Bauwerk verursacht. Die Ursache ist noch nicht geklärt, doch ist es anzunehmen, daß die mangelhafte Ausführung der Arbeit die Ursache war.

Speyer. (Feld.) Am 15. September verunglückte unser erster Vorsitzender, Kollege Johannes Reiter, Maurer, in Speyer (Feld) bei der Arbeit an einem 20 Meter hohen Turm. Er wurde von einem schweren Stein getroffen, der von der Höhe des Turms herabfiel. Der Verunglückte wurde schwer verletzt und ist jetzt in der Klinik in Speyer im Sterben.

Gießen. Ein Bauunfall ereignete sich am 10. September in Gießen. Ein Arbeiter wurde durch ein zusammenstürzendes Gerüst schwer verletzt.

7. September, durch welchen drei Mitglieder unseres Verbandes verunglückten. Während unsere Kollegen am Giebelabschneiden waren, wurde das ganze Dachwerk vom Winde zu Boden geworfen, so daß unsere Kollegen unter dem Sparren und Fahlbalken herausgezogen werden mußten. Ein Kollege konnte die Arbeit am Montag wieder aufnehmen, während zwei Kollegen mehrere Wochen ihrer Arbeit fernbleiben müssen. Dieses Unglück hätte noch gefährlicher werden können, wenn die Kollegen schon ein Gerüst zwischen den Sparren gehabt hätten. So sind sie mit Bruch- und Verletzungen davon gekommen. Dieses Unglück ist zurückzuführen auf nicht genügende und zu schwache Abstützung und auf die Stützen, welche auf Säulen gesetzt waren und nur mit kleinen Stümpfen befestigt waren, welche bei dem nassen Wetter wahrscheinlich ausgeglichen sind.

Bücherchau.

Die Gelben in der deutschen Arbeiterbewegung. In der so überschriebenen Notiz in der vorigen Nummer ist irrtümlicherweise der Preis für die Broschüre von Dr. J. Imbusch auf 20 Pf. für die Mitglieder der christlichen Arbeiterorganisationen angegeben worden. Sie kostet vielmehr 30 Pf., soweit sie in Sendungen von 100 Stück und mehr bezogen wird, Einzeleremplare 50 Pf., Buchhandelspreis 1 M. Zu beziehen durch den Christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln, Eintrachtstraße 147.

Die sozialistische Jugendbewegung in Deutschland. Von Joseph Ripper. (Soziale Tagesfragen, Heft 39.) gr. 8° (38). R.-Bladbach 1912, Volksvereins-Verlag GmbH. 60 Pf.

Inhalt: I. Der „Verband junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“. II. Die „Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands“. III. Neuorganisation der sozialistischen Jugendbewegung. IV. Tätigkeit und Ziele der sozialistischen Jugendbewegung, beurteilt aus ihren Verbandsorganen.

Mit zähem Eifer bemüht sich die Sozialdemokratie bereits seit Jahren, die heranwachsende Jugend in das sozialistische Jahrgang hineinzuweisen. Sie hat keine Schwierigkeiten gemacht, um ihrem Ziele, sei es auch auf den gewundensten Umwegen, näher zu kommen. Das Ziel schien ihr des Schweißes wert; denn mit Recht sagte sie sich: Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft! Aber auch auf bürgerlicher Seite hat man den großen Zukunftswort unserer Jugend und ihre gefährliche Bedrohung erkannt. Überall bemüht man sich jetzt um die Jugend, allenfalls werden Winke erteilt und Wege gewiesen. Bei dieser Arbeit um die Jugend ist es aber unbedingt notwendig, vorher über den Verfall und die Entwicklungsmöglichkeiten der sozialistischen Jugendbewegung unterrichtet zu sein. Die Möglichkeit, sich hierüber kurz und treffend zu orientieren, bietet die vorliegende Schrift, welche eine bisher sehr vermehrte zusammenfassende Uebersicht über die geschichtliche Entwicklung der sozialistischen Jugendbewegung darstellt. Jeder Jugendfreund muß das Buchlein zu seinen Schriften zählen.

Bekanntmachungen.

Verwaltungsstelle Straßburg i. E.
Am Sonntag, den 13. Oktober, nachmittags 2 Uhr, findet in Straßburg in der Wirtschaft „Zum Anker“ eine **Verwaltungsstellen-Konferenz** mit folgender Tagesordnung statt:
1. Situationsbericht.
2. Bericht über die Bezirkskonferenz in Offenbourg.
3. Die bevorstehende Tarifverneuerung im Baugewerbe und unsere Aufgaben.
4. Agitation.
Zahlreiche Erscheinen aller Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute wird bestimmt erwartet.
Der Vorstand. J. A. Heinrich.

Verwaltungsstelle Augsburg.
Das vom Kollegen Jakob Ampenberger verlorene Mitgliedsbuch Nr. 5021 ist wiedergefunden worden und liegt im Bureau, Wintergasse 121, abgeholt werden.

Achtung!
In Düsseldorf habe ich eine größere Anzahl Maurer, Hilfsarbeiter und Dachdecker beschäftigt. In welchen auf dem Reichsstadion, Auguststr. 37, Tel. 2083.
Verwaltungsstelle Düsseldorf.

Durchbreitende Verbandskollegen

haben in Berlin, Stralauer Straße 53, im „Deutschen Arbeiter-Verband“, den Verkehrslokale des „Deutschen (sozialistischen) Arbeiter-Verbandes“ und des „Berliner Christlichen Gewerkschaftsvereins“, gutes und sauberes Wohn- und Schlaflokal. Das Verbandslokal liegt in der Nähe der Bahnhöfe Alexanderplatz und Jannowitzbrücke.

Achtung! Verwaltungsstelle Allenstein. Achtung!
Das Bureau unserer Verwaltungsstelle befindet sich ab 1. Oktober Promistraße 27. Alle Anfragen und Sendungen sind an den Kollegen Hubert Böhm zu richten.
Der Vorstand.

Storbekanntmachung.
Am 7. September starb unser Kollege Josef Ruchnowitz im Alter von 53 Jahren an Herzschlag. Verwaltungsstelle Berlin.
Am 11. September starb unser Mitglied Kollege Josef Morawitz im Alter von 54 Jahren an Magenkrebs. Bahnhofs-Friedhof, D.S.
Am 15. September starb unser Kollege Heinrich Kiebold (Maurer) an den Folgen eines Sturzes vom Getreidewagen. Der Verstorbenen war am 22. März 1856 in Großleben geboren.
Bahnhofs-Friedhof.
Ehre ihrem Andenken!

Der Zufriedene ist glücklich.
Der Wahrheit dieses Satzes zum Siege zu verhelfen ist besonders heutzutage ein großes Verdienst. Solch ein bestreitetes Verdienst gebührt besonders dem rühmlichst bekannten und bestbewährten Versandgeschäft Jona & Co., Berlin N. E. 672, dessen Kundenkreis sich auf 30 000 Orte Deutschlands erstreckt und dessen Verkauf alljährlich über 25 000 Taschenuhren beträgt. Diese angesehenen Firma ist eifrig bemüht, alle Bester unserer Zeitung zufriedenzustellen. Deswegen hat sie einen sehr umfangreichen Katalog (600 Seiten stark und 4000 Abbildungen in eleganter Ausstattung hergestellt, worin alle möglichen Artikel (Taschen- und Wanduhren, Schmuckstücke, Uhrenartikel aller Art, Musikinstrumente, Sprechmaschinen, photographische Apparate usw.) mit genauer Beschreibung aufgeführt sind. Gewiß findet jeder Passendes. Bestellungen werden prompt erledigt. Die Firma gestattet sogar erleichterte Zahlungsweise, also Teilzahlung in bequemen monatlichen Raten. Näheres enthält der reich illustrierte Prachtkatalog, der gratis und franko verschickt wird. Senden Sie sich umgekehrt an Jona & Co., Berlin N. E. 672, Belle-Alliance-Straße 3.

Reichtum

ist Macht, aber Schönheit noch mehr, letztere verleiht ein zart reines Gesicht, rosiges, jugendfrisches Aussehen und blendende schöner Teint. Alles dies erzeugt die allein echte **Steckenpferd-Lilienmilch-Seife** von Bergmann & Co., Adelen, à St. 50 Pf. Ferner macht **Cream „Dada“** (Lilienmilch-Cream) roten, spröde Haut in einer Nacht weiß u. sammetweich. Tube 50 Pf.

AMOL
hilft, hat geholfen, wird helfen in allen Fällen, wo Sie Rheuma, Hexenschuss, Zahnschmerz, Kopfschmerz, Rücken- und Magenschmerzen geplagt sind. Amol ist auch ein universelles Toilettemittel. Amol stärkt, erquickt, erfrischt, hebelt! Amol ist bekannt und empfohlen von hervorragenden Aerzten. Preis à Flasche 50 Pfennig, 75 Pfennig, 1.25 Mark, 2 Mark. Amol-Versand, Hamburg.
Zu haben in allen Apotheken u. Drogerien

Berliner Fröbelschule Bülowstraße 82
Abt. I. Kinderkrippe, 1. u. II. Fröbelische Beschäft., Bau-Spiele, Gesund-Lehre
Abt. II. Stützen, Fäden u. dergl. Kisten, Eisenbahn, Backen, Scheidern, Handarb.
Abt. III. Jungfern u. Stubenmädchen. — Kurs 3-12 Mon. Prospekt gratis. Ein- am 1. u. 15. Auf Wunsch Pension, eigenes Haus, Garten. Empfehlung kostenlos.

Erfindungen
J. Bett & Co., Berlin S 18, Nr. 21
Elektr. Lehrmittel, Schul- u. prakt. Lehrmittel, Schwach- u. Besondere Lehrmittel.
Lehrreicher Katalog, gratis der Branche.
R. R. Müller, Weimar
Literatur in der „Baugewerkschaft“ haben besten Erfolg.
Herrn Ebel - Buchhandel!
Über 1000 Bücher, Karten, Prospekt, nur an Franks. Frachtkosten, Eigentümern, Verkauft ungenutzt, Umtausch gestattet. Katalog 700 gratis u. franko.
Westfalia-Kinderwagen-Industrie
Neuro-Dietzenberg, GutsMuths.